
UNHEIMLICH BETROFFEN
MACHENDE INFORMATIONEN
... und tschüß

Nach dem Ihr, nach dem unregelmäßigen Erscheinen Ende letzten Jahres nun über vier Wochen gar nichts mehr von uns hörtet, seid ihr vielleicht schon selber drauf gekommen: wir debattieren untereinander mal wieder, ob und wenn ja wie wir die BZ weitermachen wollen und können. Auf der einen Seite haben wir etliche organisatorische Schwierigkeiten, die die Arbeitsbelastung für einzelne im Kollektiv in den letzten Monaten unangemessen steigerte. Die deswegen einsetzende Diskussion forderte unter uns aber viel tieferliegende, grundsätzliche Probleme zu Tage.
Einige von uns, die mittlerweile schon seit zwei oder drei Jahren mit der BZ zu tun haben, fragen sich angesichts täglicher Erfahrungen und der von überall eintreffenden Katastrophenmeldungen über den Zustand der "Szene" immer öfter und lauter, warum wir die BZ eigentlich noch machen und vor allem: für wen. Als wir darüber sprachen fiel uns auf, daß wir das eigentlich alle nicht so genau wissen. Wir verschicken zwar ungefähr 150 Exemplare in der ganzen Republik, wenige ins europäische Ausland und rund 350 verkaufen wir in Berlin - der Rücklauf aber ist nach wie vor dürftig, um es freundlich auszudrücken. Wir haben, gelinde gesagt, keine Ahnung, wie das Heft, daß wir machen, von den LeserInnen aufgenommen wird, ob sie es lesen oder ob es auf dem Klo landet. Am wichtigsten ist uns aber: was stört und was sollten wir anders, besser machen.
Darum sind wir auf die Idee mit den Fragebögen verfallen. Zwar haben wir mit solchen Dingern auch Bauchschmerzen, aber etwas besseres ist uns nicht eingefallen, um die Konsumhaltung, die wir aller Orten feststellen, zu durchbrechen. Wir bitten Euch darum, diese Bögen so weit Ihr könnt und wollt, *anonym* an uns zurück zu schicken. Kommt keine Reaktion, müssen wir davon ausgehen, daß niemand das Blatt lesen will und wir uns die Arbeit sparen können. Ähnliches dachten sich wohl auch die Leute von der Südwind (Neckarraum) und der Land Unter (Schleswig Holstein) - beide Zeitungen haben leider ihr Erscheinen eingestellt.
Zu DIESEM Heft:
Zum Paketbombenanschlag in Freiburg findet Ihr in diesem Heft nichts, weil alle anderen genügend und aktueller darüber berichtet haben. Wir überlegen uns ohnehin grundsätzlich, zu bestimmten Themen Reader zusammenzustellen. Wenn wir uns dafür entscheiden wäre das eins der ersten Themen.
Schöne Grüße an dieser Stelle an Ahmed. Wie wir gehört haben, ist er inzwischen aus dem Abschiebeknast draußen; für Leute, die nicht wissen, wer er ist: Ahmed wurde in der Sylvester-Nacht von Faschos zusammengeschlagen, kam ins Krankhaus Friedrichshain (Berlin) und von dort direkt in den Knast, weil er kein Geld und keinen Paß hatte.
Seit zwei Tagen ist ein Mensch im Knast, erst dann haben die Leute aus seinem Haus mitbekommen wo er ist, obwohl sie nachgeforscht haben. Es kann doch einfach nicht angehen, daß Leute festgenommen werden und die Menschen, die das mitbekommen oder gar dabei waren ihr Wissen für sich behalten ohne in dem Haus Bescheid zu sagen.
Seit dem 6.1.93 ist Gunther aus Wiesbaden im Knast, weil er an einem Angriff auf ein Fascho-Treffen teilgenommen haben soll. Er wurde nach Stunden bei einer Straßensperre der Bullen festgenommen.
Mehrere längere, relativ zeitlose Texte, die sich in der Zwischenzeit bei uns angesammelt haben, schieben wir einstweilen (und verweisen auf die Idee oben).
So lange, Eure BZ'lerInnen.





INHALT

OSTEN

Magdeburg - Prozeßbericht 4
Ost-Vernetzung 8
Infoläden Ost % West 10
Greifswald 12
Erfurt 13

PROJEKTE

Papiertieger Berlin-West 14

HÄUSER, HÄUSER, HÄUSER

Stuttgart Schwabstraße 15
Berlin Rigaer 80 17
Köln 19

ANTIFA

Anti-Anti-Antifa 21
Düsseldorf 23
FAP 24
PrenzelBerg 26
Wulf + Bernd & das Auto von Priem 28
Jena (Bürschchenkränzchen) 29

ANDERES

Athen 30
Kongreß in Halle 31
Libertäre Tage 32

RÄTSEL & TERMINE 34

Redaktionsanschrift:
BZ
c/o Bandito Rosso
Lottumstraße 10a
O-1054 Berlin

V.i.S.d.P.:
I.Schwätzi und J. Müllmann

HerausgeberInnen:
Umworbene für dieses und jenes und alles andere auch

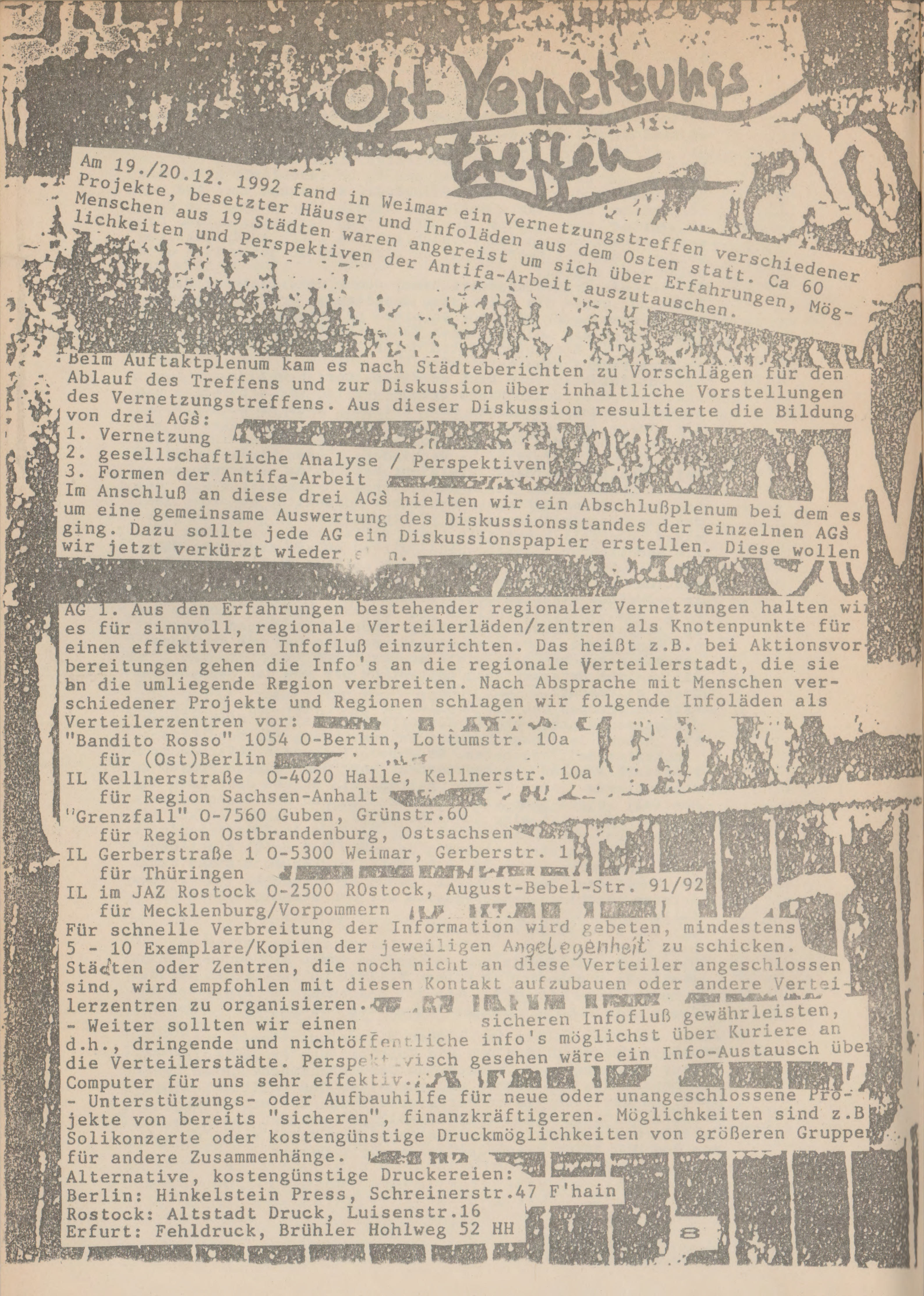
Zur Erinnerung: am 9.5.1992 überfielen Skins eine Geburtstagsparty von Punks in dem Magdeburger Ausflugslokal Elbterassen. Sie zerstörten die Gaststätte und schlugen mit Baseballschlägern und Eisenstangen auf die Partygäste ein. Die meisten von ihnen wurden verletzt, acht davon schwer. Einer von ihnen, Torsten Lamprecht, starb zwei Tage später an seinen Kopfverletzungen im Krankenhaus.(BZ 23/92)
Etwa 40 der beteiligten Skins wurden von der Polizei namentlich ermittelt. Den meisten konnte man außer ihrer Anwesenheit nichts nachweisen, so daß viele mit Auflagen zur gemeinnützigen Arbeit z.B. in ihrem Fascho-Club oder Geldstrafen davon kamen. Nur die wenigen, die im ersten Verhör irgendetwas zugaben oder von anderen belastet wurden, konnten dafür belangt werden.
Bisher sind drei Prozesse wegen Körperverletzung, Landfriedensbruch und Beteiligung an einer Schlägerei geführt worden. Am 14. Dezember wurden die Urteile in dem Hauptprozeß, der vor allem den Mord an Lampe aufzuklären versuchte, verkündet: Frank Frieske war vor allem des versuchten Totschlags, Dirk Manske, Olaf Bertram, Pierre Weske und Michael Kaufholz der Körperverletzung u.a. angeklagt. Nach bundesdeutschem Recht konnte Frieske die Schuld an Lampes Tod nicht nachgewiesen werden, obwohl Zeugen gesehen und gehört hatten wie er mit einem Baseballschläger jemandem auf den Kopf schlug. Aber war es denn eindeutig Lampes Schädel der da zu Bruch ging und wenn ja WER hatte denn nun DEN tödlichen Schlag ausgeführt? Das mehrere Faschos blindlings und brutal auf andere einschlagen erhöht das Urteil nicht, sondern macht es schwieriger, dem einzelnen die Verantwortung für die Tat nachzuweisen und dadurch das Strafmaß niedriger. Der Wolfsburger Frieske bekam eher wegen seiner noch laufenden Bewährungsstrafe und bereits "einschlägigen" Verurteilungen eine Hauptrolle bei dem Überfall zugeschrieben und 6 von 11 möglichen Knastjahren , wobei noch zwei Jährchen aus der Bewährungsstrafe dazukommen.
Dirk Manske, der als besonders brutaler faschistischer Skin bekannt ist und der Lampe mit anderen schon mal vor zwei Jahren zusammengeschlagen hatte, versuchte in dem Prozeß durch öffentliche Läuterung das zu erwartende Strafmaß zu senken. Er erklärte seinen Austritt aus der DVU und erschien in ziviler Kleidung. Die Rechnung ging nicht auf, er darf 3 Jahre absitzen. Olaf Bertram, Pierre Weske und Michael Kaufholz erhielten jeweils zwei Jahre Knast , wobei sie nur bei Bertram, wohl durch dessen hohles und offen faschistisches Auftreten vor Gericht nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde.
Die Entscheidungen des Richters gingen über die von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafen hinaus, Frieske und Bertram legten Revision ein. Gegen Weske läuft noch ein weiteres Ermittlungsverfahren, in dem er beschuldigt wird, gemeinsam mit zwei anderen, einen Norddeutschen in die Elbe getrieben zu haben.
Im zweiten Prozeß wurde Göring zu 2 Jahren Knast verurteilt, des weiteren Alvermann und Ruden, deren Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Am 1. Februar 1993, bei der bisher letzten Urteilsverkündung, wurde Raubaum zu 1 Jahr und 6 Monaten mit Bewährung, sowie Grigoleit und Kutscher zu einem Jahr, jeweils ohne Bewährung, verknackt.
Der vierte Prozeß gegen Elmar Heinrichs, sowie Mario Fretter und Dirk Schröder begann am 2.Februar vor dem Amtsgericht. Der Prozeß ist insofern noch mal interessant, da Heinrichs eine schillernde Figur der Hooligan-Szene ist, der sich an vielen Überfällen beteiligte, aber bisher immer aus allem

wieder herauswand und diesmal wohl grundsätzlich bestreitet an dem Überfall beteiligt gewesen zu sein. Mindestens ein weiterer Prozess wegen des Überfalls wird noch folgen.
In Anbetracht der verstärkten Übergriffe auf Linke, wie den Tod von Silvio Meier und Kerstin Winter sind wir zunehmend mit dem Problem konfrontiert, zum einen die polizeilichen Ermittlungen zu unterstützen, um die Täter zu finden und gleichzeitig zu verhindern das die eigenen Strukturen bei der Gelegenheit aufgerollt werden. Das macht es notwendig sich mit dem Verhalten der Justiz und Polizei in solch einem Prozeß genauer auseinanderzusetzen.

Wir sprachen mit Wolfgang Kaleck, der acht bei dem Skin-Überfall verletzte Punks und die Mutter von Torsten Lamprecht als Nebenkläger vertritt.
BZ: Was ist dem Gericht über den Überfall bekannt?
WK: Der Jugendklub "Alexis Kiwi" war eine Woche vor dem Elbterassen-Überfall Treffpunkt von Norddeutschen Schlägern (Wolfsburg und Braunschweig), Dorfschlägern aus dem Umland und Magdeburgern. Zwischen ihnen bestand seit der Maueröffnung ein loser Kontakt über z.T der FAP nahestehende Skins; wobei nicht alle beteiligten Magdeburger rechtsradikalen Organisationen zuzurechnen sind.
Angeblich "weils so nett war" verabredete man sich für das darauffolgende Wochenende. Eine Woche später hatte in einem Dorf eine Skindisco dicht, so daß überdurchschnittlich viele Rechte -an die 60-80 Leute- im "Kiwi" saßen. Von dort fuhr Mario Stendel mit drei weiteren zu der Punkparty in den Elbterassen, um angeblich einen Bekannten zu treffen. Stendel -ein Grenzgänger zwischen Punk und Skinszene- hat aber niemanden besucht, sondern ging zielstrebig zum Bierstand und zischte sich vier Bierchen rein. Bertram und Weske warteten mit noch jemandem in dem Auto und als er nach 10 Minuten nicht aus dem Gelände rauskam fuhren sie zurück und erzählten im Klub, daß er in den Elbterassen festgehalten würde. (Es ist nicht nachweisbar, inwieweit die Sache geplant und Stendel ein Späher war.) Daraufhin erscholl ein "Jetzt gehts los!" und im Nu war der Club leer. Sie setzten sich in die Autos und fuhren in einem Konvoi zu den Elbterassen. Dort stellten sie die Autos in der Nähe ab und griffen die Gaststätte von zwei Seiten an.
In der Nähe der Tanzfläche standen noch ungefähr 10-12 Punks, die praktisch nichts mitbekommen hatten, weil sie angetrunken und überrascht waren und das Ganze sehr schnell ging. Eine Gruppe von Angreifern agierte dort äußerst brutal mit Baseballkeulen, so das es gerade im Umfeld der Tanzfläche zu den schwersten Verletzungen: den tödlichen von Lampe und anderen schweren Kopfverletzungen kam. Diese Angreifer zogen sich dann wohl ziemlich schnell zurück und es entstand eine allgemeine Keilerei.
Irgendwann tauchte dann mal die Polizei auf - mit sehr geringen Kräften offensichtlich- und zog sich, weil sie Schiß hatten, gleich wieder zurück. Das kann man durchaus nachvollziehen, aber was man heftig kritisieren muß, ist, das sie keine Maßnahmen ergriffen, die abziehenden Skins, oder wenigstens einen Teil von ihnen festzuhalten, oder ihre Autonummern zu notieren. Wenn sie auch nur eins davon getan hätten, so hätten sie noch in der Nacht Fahndungsmaßnahmen ergreifen, erste Festnahmen machen und unter Umständen blutverschmierte Waffen finden können. Auch hätte man vieleicht den einen oder anderen Zeugen erwischt. Sie machten jedoch nicht einmal den Versuch zu folgen. Selbst der zuständige

Staatsanwalt wurde nicht benachrichtigt, sondern erfuhr das Ganze erst am Montag Morgen aus der Zeitung.
BZ: Worin liegen Deiner Meinung nach die Ursachen dafür, das die Bullen weder am Tatort ordentlich ermittelten, noch eine gute Vorbereitung des Prozesses leisteten ?
WK: Das ist schwer einzuschätzen. Ich denke, daß die Polizei ab irgendeinem Zeitpunkt ernsthaft zu ermitteln anfing, weil ihr klargeworden war, was da passierte. Soviel ich gehört habe, hat der Tod von Torsten Lamprecht auch in Polizeireihen starke Betroffenheit ausgelöst, da war es auch dem letzten klar, das das jetzt eine neue Qualität ist. Aber bis dahin hat es allerdings gedauert.
Es ist ihnen vorallem vorzuwerfen, daß sie vor den Elbterassen etliche Überfälle, teilweise mit schweren Folgen ignorierten: z.B. wurde ein Auto in dem zwei Punks saßen in Brand gesteckt, und als sie aus dem brennenden Auto sprangen, wurde einer schon mal bewußtlos geschlagen. Außerdem gab es mindestens einen Überfall auf eine Wohnung, die auch Treffpunkt von Punks war und etliche Überfälle auf das Jugendzentrum "Knast". Wenn die Überfallenen daraufhin zur Polizei gingen, hat diese meistens nicht ordentlich ermittelt, was dazu führte, daß die Leute irgendwann nichts mehr anzeigten. Deswegen waren die meisten Skins nicht vorbelastet: nicht weil sie nichts getan hatten sondern weil nichts verfolgt wurde. In diesen Fällen wäre es wichtig gewesen, wenn die Polizei gleich, als sie merkte da finden massiv Übergriffe statt, die nicht mehr einfache Schlägereien sind, sondern in denen Menschen mit Waffen angegriffen und brutal verprügelt wurden, auf dem Plan gestanden hätte. Sie hätte ermitteln müssen. Das da die ganze Zeit nichts passiert ist, ist eigentlich der größte Vorwurf. Das ist sicher zum Teil Unfähigkeit, zum Teil ist es auch der tendenziellen Rechtslastigkeit der Polizei geschuldet und noch aus DDR-Zeiten stammenden Vorurteilen der Polizisten gegenüber den Punkts.
BZ: Wann wurde die Polizei informiert? Gab es Faschoalarm oder war vorher etwas bekannt?
WK: Der Besitzer der Elbterassen rief zu Beginn der Party bei der Polizei an und teilte mit, daß eine Fete von Punks stattfindet. Er befürchtete Probleme mit der Polizei und fragte an, ob er die Fete anmelden müßte, aber richtig angemeldet hat er sie nicht.
Immer wenn Punks in Magdeburg eine größere Veranstaltung oder Feier hatten, dann schwang da die Angst mit, es könnten Skins angreifen. Aber es gab keine konkreten Hinweise, im Gegenteil, bei der Größe der Party wurde das einfach nicht erwartet.
Auf den Anruf des Kneipers hin, gab es die Auflage an ein Polizeifahrzeug, vermehrt in der Nähe Streife zu fahren. Leider gibt es dort keine Funkleitzentrale, in der der Funkverkehr aufgezeichnet wird, sonst hätte man das nachlesen können. So sind wir auf das angewiesen, was an Notizen gefunden wurde. Aus diesen ist ersichtlich, daß sie tatsächlich dort mehrmals vorbeifuhren, aber das es nichts bemerkenswertes gab und sie deswegen die Streife einstellten.
Als der Überfall begann, wurde die Polizei von zwei Nachbarn der Elbterassen angerufen. Sie sind dann relativ schnell dagewesen, mit zwei bzw. später drei Streifenwagen.
Es gab da ja noch das Gerücht eines Täuschungsmanövers, bei dem angeblich massive Polizeikräfte in einen ganz anderen Teil Magdeburgs gelockt wurden. Der Anrufer konnte ausfindig

gemacht werden, er hatte offensichtlich den Zapfenstreich eines anderen Jugendklubs mitbekommen, wobei aus dem Klub ziemlich viel angetrunkene Jugendliche kamen und etwas lärmend zu der nahegelegenen Straßenbahnhaltestelle zogen. Er hatte schon den Bürgerkrieg drohen sehen und die Polizei angerufen, die dann auch kam.
Die Polizei fuhr von dort aus relativ schnell zu den Elbterassen. Nachdem sie dort eintrafen, fuhr ein Wagen bis zum Eingang vor und als sie sahen das es da fürchterlich hin und her ging, zogen sie sich bis auf die Kreuzung, also 150 Meter von der Gaststätte entfernt, zurück. Dort haben sie dann abgewartet und nichts zur Ergreifung der Skins getan. Der erste Krankenwagen ist tatsächlich von ihnen zurückgehalten worden, mit der Begründung, es wäre noch zu gefährlich aufs Gelände zu fahren.
Es ist ein Ermittlungsverfahren, wegen unterlassener Hilfeleistung gegen die Polizisten angestrengt worden, aber meiner Meinung nach, wäre nur in einem politischen Raum zu klären, ob es ein polizeiliches Fehlverhalten gab. Die Bündnis 90 Leute in Magdeburg müßten dafür Sorgen, daß ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird.
BZ: Was interessierte Dich an diesem Verfahren?
WK: Die politischen Hintergründe wollten wir erforschen und natürlich das Verhalten der Polizei. Aber es konnte weder die These eines von Norddeutschland aus organisierten Angriffs, noch die, daß die Polizei von Anfang an informiert war und den Überfall hätte verhindern können, in irgendeiner Weise belegt werden. Vieleicht hat man da mehr reinspekuliert, weil es für viele schlichtweg unvorstellbar war, das es ein Teil magdeburger, deutscher Normalität geworden ist: das es keiner besonderen Faktoren bedarf, damit es zu so einem Überfall kommt. Die Leute wollen nicht wahrhaben, daß ein schlichter Samstagabend mit 60-80 angetrunkenen Skins und ein paar Autos genügt um ein solches Blutbad anzurichten. Das es soweit gekommen ist. Die versuchen da immer noch irgendwelche straffen Organisationen hineinzudenken.
Auch das "Polizeiverhalten ist" normal". Es ist schlimm das es so ist. Aber wenn es Alltag geworden ist, dann erfordert es eine ganz andere Auseinandersetzung und vor den Konsequenzen schrecken dann viele zurück.
BZ: Welche Unterstützung hättest Du Dir von der Magdeburger Szene gewünscht?
WK: Der Prozeß gab die Möglichkeit die Tat, ihre Folgen und den ganzen Hintergrund in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Wir haben den Magdeburgern Unterstützung für mehr Öffentlichkeitsarbeit angeboten. Es wäre gut gewesen zwischendurch Presseerklärungen herauszugeben und den ganzen Prozeß zu kommentieren. Aber viele hatten ein halbes Jahr nach dem Überfall nicht mehr viel Interesse an den Prozessen. Andere sagten: das ist eine Schweinejustiz, die machen eh was sie wollen um die kümmern wir uns nicht. Eine differenzierte linke Position wäre notwendig gewesen. Das dafür nicht genügend Interesse vorhanden war, hatte sicher auch etwas damit zu tun, das das JZ "Knast" genug Arbeit hatte, einerseits interne Probleme, andererseits mit den ständigen Skin-Überfällen.
BZ: Was würdest Du empfehlen?
Die Chance zu nutzen und einen Lernprozeß zu initieren: wie gehe ich mit Justiz und Polizei um, wenn sie gegen Faschos ermitteln, gehe ich in diesem Fall zu polizeilichen Vernehmungen; gehe ich hin, wenn ich Beschuldigter bin; wenn ich Zeuge bin und wie laufen eigentlich solche Gerichtsverfahren. Außerdem ist es in solchen Situationen immer gut, eine Prozeßgruppe zu bilden und die Zeit bis zum Prozeßbeginn für eigene Recherchen zu nutzen, um Gerüchten nachzugehen, Zeugen ausfindig zu machen und vor allem den politischen Hintergrund der Täter zu recherchieren. Wenn der Prozeß beginnt ist es wichtig im Gerichtssaal präsent zu sein um den Opfern, den eigenen Leuten die Angst vor der Aussage zu nehmen und den Skins keine Show zu ermöglichen.



Ost Vernetzungs treffen

Am 19./20.12. 1992 fand in Weimar ein Vernetzungstreffen verschiedener Projekte, besetzter Häuser und Infoläden aus dem Osten statt. Ca 60 Menschen aus 19 Städten waren angereist um sich über Erfahrungen, Möglichkeiten und Perspektiven der Antifa-Arbeit auszutauschen.

Beim Auftaktplenum kam es nach Städteberichten zu Vorschlägen für den Ablauf des Treffens und zur Diskussion über inhaltliche Vorstellungen des Vernetzungstreffens. Aus dieser Diskussion resultierte die Bildung von drei AGs:
1. Vernetzung
2. gesellschaftliche Analyse / Perspektiven
3. Formen der Antifa-Arbeit

Im Anschluß an diese drei AGs hielten wir ein Abschlußplenum bei dem es um eine gemeinsame Auswertung des Diskussionsstandes der einzelnen AGs ging. Dazu sollte jede AG ein Diskussionspapier erstellen. Diese wollen wir jetzt verkürzt wieder[illegible]n.

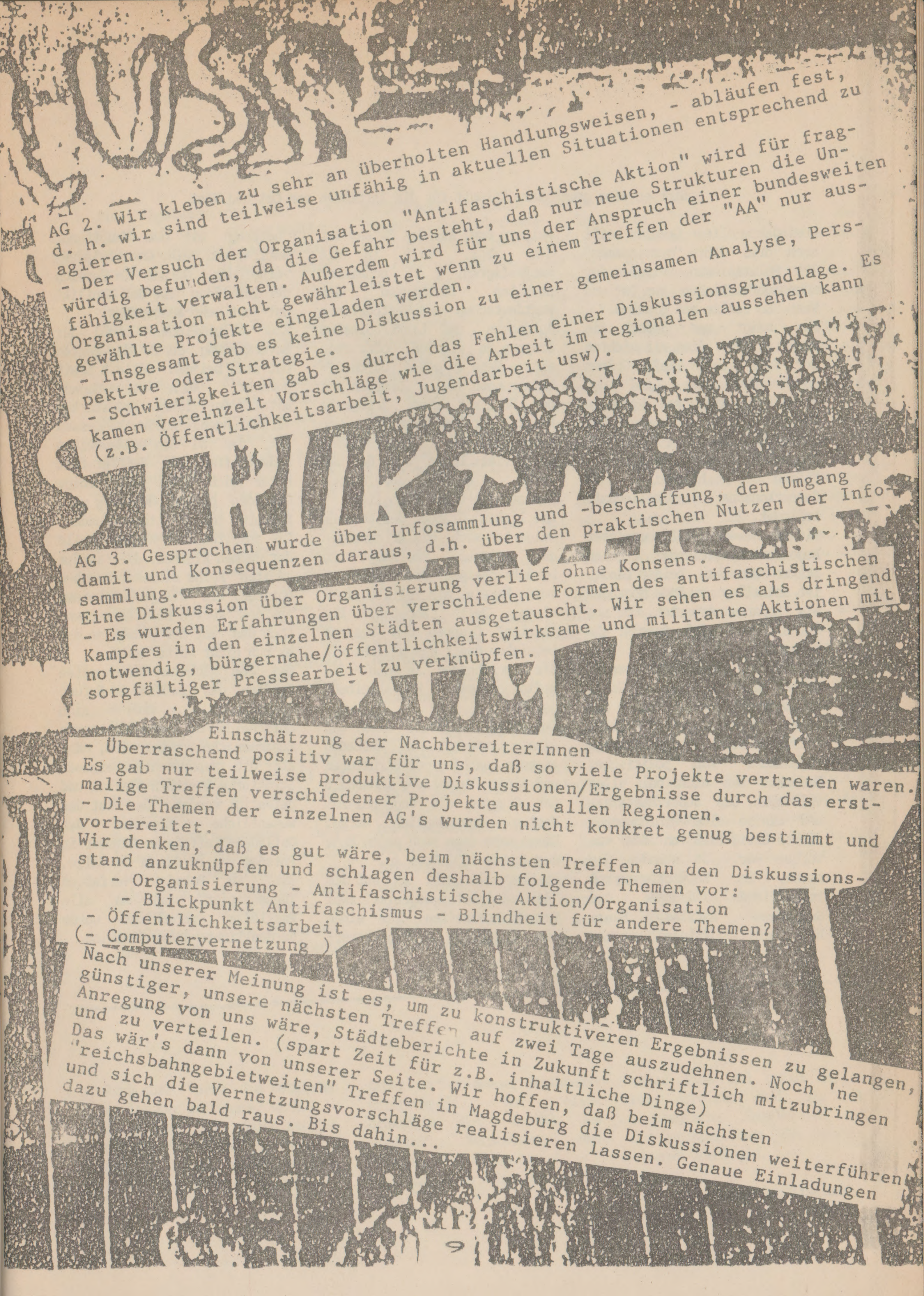
AG 1. Aus den Erfahrungen bestehender regionaler Vernetzungen halten wi[r] es für sinnvoll, regionale Verteilerläden/zentren als Knotenpunkte für einen effektiveren Infofluß einzurichten. Das heißt z.B. bei Aktionsvorbereitungen gehen die Info's an die regionale Verteilerstadt, die sie an die umliegende Region verbreiten. Nach Absprache mit Menschen verschiedener Projekte und Regionen schlagen wir folgende Infoläden als Verteilerzentren vor:

"Bandito Rosso" 1054 O-Berlin, Lottumstr. 10a
 für (Ost)Berlin
IL Kellnerstraße 0-4020 Halle, Kellnerstr. 10a
 für Region Sachsen-Anhalt
"Grenzfall" 0-7560 Guben, Grünstr.60
 für Region Ostbrandenburg, Ostsachsen
IL Gerberstraße 1 0-5300 Weimar, Gerberstr. 1
 für Thüringen
IL im JAZ Rostock 0-2500 ROstock, August-Bebel-Str. 91/92
 für Mecklenburg/Vorpommern

Für schnelle Verbreitung der Information wird gebeten, mindestens 5 - 10 Exemplare/Kopien der jeweiligen Angelegenheit zu schicken. Städten oder Zentren, die noch nicht an diese Verteiler angeschlossen sind, wird empfohlen mit diesen Kontakt aufzubauen oder andere Verteilerzentren zu organisieren.

- Weiter sollten wir einen sicheren Infofluß gewährleisten, d.h., dringende und nichtöffentliche info's möglichst über Kuriere an die Verteilerstädte. Perspektivisch gesehen wäre ein Info-Austausch übe[r] Computer für uns sehr effektiv.
- Unterstützungs- oder Aufbauhilfe für neue oder unangeschlossene Projekte von bereits "sicheren", finanzkräftigeren. Möglichkeiten sind z.B Solikonzerte oder kostengünstige Druckmöglichkeiten von größeren Gruppe[n] für andere Zusammenhänge.

Alternative, kostengünstige Druckereien:
Berlin: Hinkelstein Press, Schreinerstr.47 F'hain
Rostock: Altstadt Druck, Luisenstr.16
Erfurt: Fehldruck, Brühler Hohlweg 52 HH



AG 2. Wir kleben zu sehr an überholten Handlungsweisen, - abläufen fest, d. h. wir sind teilweise unfähig in aktuellen Situationen entsprechend zu agieren.
- Der Versuch der Organisation "Antifaschistische Aktion" wird für fragwürdig befunden, da die Gefahr besteht, daß nur neue Strukturen die Unfähigkeit verwalten. Außerdem wird für uns der Anspruch einer bundesweiten Organisation nicht gewährleistet wenn zu einem Treffen der "AA" nur ausgewählte Projekte eingeladen werden.
- Insgesamt gab es keine Diskussion zu einer gemeinsamen Analyse, Perspektive oder Strategie.
- Schwierigkeiten gab es durch das Fehlen einer Diskussionsgrundlage. Es kamen vereinzelt Vorschläge wie die Arbeit im regionalen aussehen kann (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Jugendarbeit usw).

AG 3. Gesprochen wurde über Infosammlung und -beschaffung, den Umgang damit und Konsequenzen daraus, d.h. über den praktischen Nutzen der Infosammlung.
Eine Diskussion über Organisierung verlief ohne Konsens.
- Es wurden Erfahrungen über verschiedene Formen des antifaschistischen Kampfes in den einzelnen Städten ausgetauscht. Wir sehen es als dringend notwendig, bürgernahe/öffentlichkeitswirksame und militante Aktionen mit sorgfältiger Pressearbeit zu verknüpfen.

Einschätzung der NachbereiterInnen

- Überraschend positiv war für uns, daß so viele Projekte vertreten waren.
Es gab nur teilweise produktive Diskussionen/Ergebnisse durch das erstmalige Treffen verschiedener Projekte aus allen Regionen.
- Die Themen der einzelnen AG's wurden nicht konkret genug bestimmt und vorbereitet.
Wir denken, daß es gut wäre, beim nächsten Treffen an den Diskussionsstand anzuknüpfen und schlagen deshalb folgende Themen vor:
- Organisierung - Antifaschistische Aktion/Organisation
- Blickpunkt Antifaschismus - Blindheit für andere Themen?
- Öffentlichkeitsarbeit
(- Computervernetzung)

Nach unserer Meinung ist es, um zu konstruktiveren Ergebnissen zu gelangen, günstiger, unsere nächsten Treffen auf zwei Tage auszudehnen. Noch 'ne Anregung von uns wäre, Städteberichte in Zukunft schriftlich mitzubringen und zu verteilen. (spart Zeit für z.B. inhaltliche Dinge)
Das wär's dann von unserer Seite. Wir hoffen, daß beim nächsten "reichsbahngebietweiten" Treffen in Magdeburg die Diskussionen weiterführen und sich die Vernetzungsvorschläge realisieren lassen. Genaue Einladungen dazu gehen bald raus. Bis dahin...

Gibt es eine gemeinsame Zukunft für die Infoläden von Ost und West

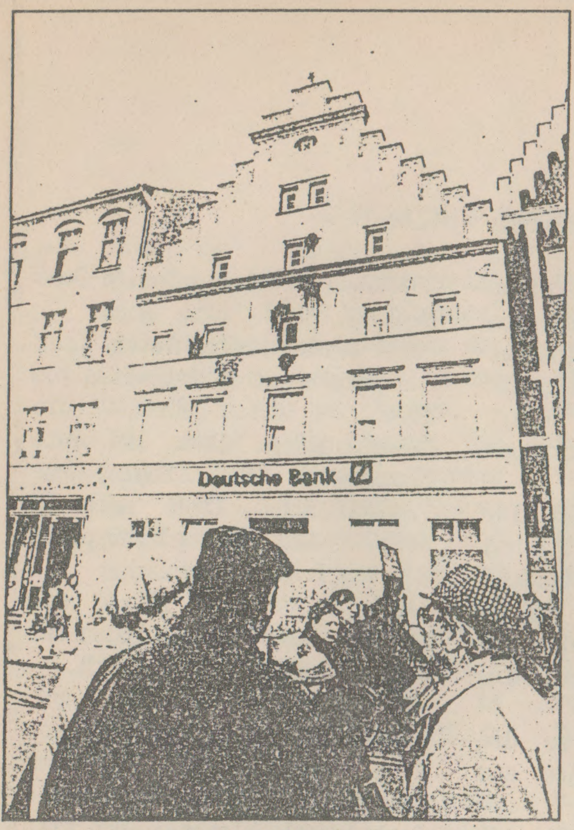
Drei Jahre offene Grenzen heißt auch drei Jahre "gemeinsames" (?) Politisieren zwischen der sogenannten Linken aus Ost und West. So sollte man glauben.
Nun zeigt uns jedoch die Realität, daß dies mit nichten der Fall ist. Tiefe Gräben durchziehen das Land und entwickeln sich von Woche zu Woche zu scheinbar unüberwindlichen Abgründen. Abgesehen davon, daß sich die "Linke" , hierbei im Gesamtkonsens der Gesellschaft befindet.
Ein im November 1989 gemeinsam begonnener Aufeinnder zugehen linker Menschen beider Länder ist schneller zu Ende gegangen als anfangs erwartet. Und man ist sich nun viel fremder als vorher.
Die meisten alten Strukturen im Osten sind in Folge der Wende in Bewegung geraten. Leute die einst gemeinsame Politik betrieben haben stehen sich nun gegenüber. Ein politisches Umdenken hat sich bei allen vollzogen, daß außer Nostalgie und einige alte Verbindungen, nichts übrig ließ von dem, was vorher war. So standen die neuen, im Entwicklungsproß befindlichen Gruppen und Grüppchen Antifas, Hausbesetzern, Kriegsdienstverweigern usw. aus dem Osten, vor der Wahl, sich in die verfestigten, scheinbar stabilen Strukturen der Westdeutschen und Westberliner Autonomen und Linksradikalen Gruppen zu ergeben, oder aber eigene Wege zu gehen. Durch die Erfahrungen vieler Gruppen aus der DDR mit einer arrogante Politik der Annektion und einer entmündigenden Bevormundung durch viele Linke aus der BRD wurde ein gemeinsames Zusammengehen nicht möglich.
Die linken Gruppen des Westens weigerten sich die Erfahrungen de Ostens überhaupt zu berücksichtigen. Sie wurden von vorne herein als Relikte einer alten Zeit abgetan. Die "linken" Gruppen des Westens betrieben damit das gleiche wie die Herrschenden in Bonn - die bedingungslose Einverleibung der DDR.
Im Osten bedeutete dies, daß eine zunächst das Aufbauen eigener unabhängiger Strukturen und einer Vernetzung innerhalb der Gruppen als Gegenpol zum Westen unumgänglich wurde. Diese nahm dann auch gegen Ende des Jahres 1992 Form an.
Mittlerweile gibt es auf dem "Reichsbahnbetriebsgebiet" zwei Vernetzungstreffen. Zum einen eine allgemeine Ost-Projektvernetzung mit dem Haupttenor Antifa; und eine Ostinfoladenvernetzung. Gerade im Bereich der Infoläden ist der Konflikt Ost-West sehr ausgeprägt.
Ein allgemeines Gefühl der Bevormundung durch den Westen hat sich bei den Ostlern breit gemacht. Auch der Umgang miteinander führte zu starken Verkühlungen. Ausdruck dessen ist, daß zu den bundesweiten Ladentreffen die Westler fast unter sich sind. Nur wenige Ostläden hatten den Weg nach Hamburg oder Lutter gefunden. Sie spielten dort nur die Rolle der dummen Kleinen, die in der zweiten Reihe sitzend, zusehen durften, wie die großen Weisen aus dem Westen Politik machen. Doch das ist der Punkt an dem es nun nicht weiter geht.
Bei dem nächsten bundesweiten Treffen, das im März in Erfurt stattfindet, wird sich entscheiden ob es eine engere Zusammenarbeit geben wird, oder aber die seperaten Ost-eigenen Strukturen bestehen bleiben und gefestigt werden. Das ist das wesentliche Ergebnis des Ostladen-Treffens im Oktober in Potsdam und im Januar in Halle. Ein in Potsdam verfaßtes Thesenpapier, daß an alle Westläden verschickt wurde verdeutlichte diese Position.

1

Die ungeheuerliche Art und Weise, mit der einige Westler auf dem Internationalen Laden-Treffen auf dieses Papier reagierten, zeigt deutlich deren Arroganz.
Zwar befand man das Papier als interessant, jedoch erklärten sie es als (Natürlich) für unmöglich, auf die in während ihrer Treffen stets geführte RZ- und Strukturdiskussion zu Gunsten der Ost-West-Debatte zu verzichten. Das jedoch, so die Westdeutschen, könnten die kleinen Ossis aber ja nicht wissen, da sie ja gar keine Erfahrungen hätten und noch viel lernen müßten. Aber natürlich bot man den Ossis sofort Nachhilfeunterricht an. Danach nämlich, so bestände bei den Weisen Wessis kein Zweifel, würden die Ossis natürlich von ihren irrsinnigen Vorhaben Ablassen - härter gehts nimmer mehr.
Westler die sich auf Bundestreffen mit der Ostposition zu solidarisieren versuchten galten schnell als Nestbeschmutzer und wurden hart attackiert.
Das Internationale Infoladentreffen zeigte auch das dieses Verhalten eine allgemeine weit über den Osten Deutschlands hinaus gerichtete ideologische Stoßrichtung hat.
Das auf dem Treffen vorgebrachte Angebot seitens Prager Infoladenleute das nächste Internationale Treffen in Prag zu machen wurde von Westdeutscher Teilnehmer knallart abgebügelt. Dabeiwurden die Prager derart verletzt, daß diese es vorzogen vorzeitig abzureisen.
In Halle wurde noch einmal klar und deutlich festgestellt und durch eine weitere schriftliche Erklärung fundamentiert, daß es in Erfurt nur ein einziges Thema geben wird, und zwar die Ost-West-Debatte.
Darüber hinaus gab es die obligatorischen Berichte aus den Städten:
-In Erfurt führte die Polizei am 17.01., ohne Durchsuchungsbefehl, eine Razzia im AJZ durch. Dabei wurde internes Antifamaterial beschlagnahmt.
Der Infoladen wird wahrscheinlich bald umziehen müssen da eine Räumung des Mainzer Hofs bevorsteht. Die Aktivitäten der Faschos nehmen wieder zu (es wird wärmer).
-In Dresden fürten die Bullen am 19.12. ohne Durchsuchungsbefehl eine Razzia gegen das besetzte Haus Luisenstraße 93 durch. Hierbei wurde, genau wie in Erfurt, von den Bullen "Gefahr im Verzug" angegeben, wonach keine speziellen Genemigungen von
3
nöten sind.
-In Weimar war für den 30.Januar eine Antifa-Demo geplant.
-Die Jenaer berichteten über das Burschenschaftentreffen vom 10.01. und über die Gegenaktionen. Etwa 100 Leute blockierten den Zugang zur Tagungsstätte. Erst nach 2½ Stunden kam SEK und knüppelte den Weg frei.
-Auch in Halle führte die Polizei eine Razzia gegen das dortige besetzte Haus durch.
-In Potsdam gibt es Räumungsandrohungen gegen 3-4 Häuser. Auch hier muß der Infoladen warscheinlich umziehen aber die Postadresse bleibt. Auch hier wurde eine Demo für den 30.Januar angekündigt.
-In Magdeburg gibt es eine zunehmende Antifa-Organisierung. Der Infoladen wird zunehmen aus dem JZ Knast gedrängt. Es gibt Ärger mit dem dortige Sozialarbeiter der "Offenen Arbeit" und seinen Punks. In Greifswald wurde dem AJZ von der Besitzerin gekündigt. Sie will das Haus an eine rechtsradikale Burschenschaft vergeben.
-In Leipzig hat das Haus in der Ernestistraße noch immer keine Verträge.
-In Berlin hat sich, "Gott seis gedankt", das Berlinweite Infoladentreffen aufgelöst.

Auch dort waren die Westläden in letzter Zeit unter sich.
Im großen und ganzen verlief das Treffen in Halle genau wie das Treffen in Potsdam in einem angenehmen Klima ohne Stress, trotz verschiedener Meinungsunterschiede. Bei allen schwangte das Gefühl des einander Verstehens und miteinander Wollens mit.
Es zeigte sich schnell dasmit etwas Spaß und gutem Willen mehr erreicht wird, als mit strategische Spielereien und das Durchpeitschen der jeweils eigenen Ideologie.

Barni Geröllheimer



Schmierereien an der Deutschen Bank: Empört betrachten Passanten die sechs roten Flecke an der Hauswand. Foto: NZI

Nach Tätern wird noch gefahndet

Deutsche Bank schon wieder beschmiert

Greifswald (be) – In der Nacht zum Montag waren wieder einmal Greifswalds Schmierfinke am Werk. Zum sechsten Mal verpaßten sie der Deutschen Bank am Markt ein neues und häßliches Gesicht. Sechs Farbflecke, im kräftigen Rot, zierten den Giebel. Viele Greifswalder äußerten kopfschüttelnd Unmut und Unverständnis.

Erst am Freitagmorgen entdeckten die Mitarbeiter der Deutschen Bank eine eingeschlagene Fensterscheibe. In der Nacht zum Montag dann informierte die Polizeistreife den Leiter der Filiale, Hans-Wilhelm Krumbein, über erneute Schmierereien am Haus. „Es ist schon mal toll, daß die Beamten das mitgeteilt haben", so Krumbein.

Die Täter konnten auch diesmal nicht gefaßt werden. Zwischen 19 Uhr und 4 Uhr mußten sie ans Werk gegangen sein. Krumbein vermutet, daß mit roter Farbe gefüllte Flaschen an die Hauswand geworfen wurden, da man Glassplitter und Sektkorken fand. Selbst der unmittelbar ans Haus grenzende Fußgängerweg ist mit roter Farbe übertüncht.

Menschen, deren Weg gestern am Haus der Deutschen Bank vorbeiführte, richteten ihren Blick empört auf die rote Farbe. Finger zeigten nach oben, um auch andere über die Schmiererei zu informieren. „Jeder vernünftige Greifswalder wird sich damit nicht identifizieren können", meint Krumbein.

Die Greifswalder Baugesellschaft soll wieder einmal die Schmierereien beseitigen. Diese Firma hat das Haus restauriert und kennt die Farbzusammensetzung, erwähnt Krumbein. Daß jedoch die Farbe bei ständigem Überstreichen irgendwann einmal abplatzt, weiß jeder, der ein wenig Heimwerker ist, sagt der Bankleiter.

Er meint, daß es die Farbkleckser reize, helle Flächen zu beschmieren und glaubt nicht an eine besondere Absicht gegenüber der Deutschen Bank. Auch die Mauer beim Dom sei oft mit Parolen beschmiert.

An einen Farbwechsel beim Anstrich der Deutschen Bank ist nicht zu denken. Es ist die Originalfarbe, meinen die Restauratoren und soll erhalten bleiben. „Deshalb fehlt ja auch das Blau, was sonst für die Deutsche Bank typisch ist", erklärt der Leiter der Filiale. Selbst das Öffnungsschild ist farblich mit dem Außenanstrich abgestimmt.

Krumbein bedauert es, „daß der Markt, der nun langsam mal was wird", ein so negatives Aushängeschild ist. Touristen, die Greifswald besuchen, nehmen Erinneringungen von beschmierten Häusern mit nach Hause.

Für Hans-Wilhelm Krumbein ist es ein Stück gemeinsame Verantwortung, daß die Greifswalder, die schon geschaffene Schönheit ihres Marktes erhalten oder ihm die Chance geben, schöner zu werden. Daß einige versuchen, das zu verhindern, ist nicht nur zu bedauern, da die Finanzierung des Marktes eine Menge Geld kostet.

---

falls kein bekennerschreiben vorliegt,

krummbein (hahaha): "...die farbkleckser reizt es,helle flächen zu beschmieren. ich glaube nicht an eine besondere absicht gegenüber der deutschen bank."
uns, einer gruppe greifswalder, sind farbkleckse auf banken lieber als brennende ausländerwohnheime. wir bedauern, daß uns andere mit dem farbflaschen-angriff auf die deutsche bank zuvorgekommen sind. und wer nicht ganz so dumm ist wie krummbein (hahaha) wird auch den politischen hintergrund erkennen. die deutsche bank als symbol für rücksichtslose ausbeutung der dritten welt und der umwelt. an der sauberen fassade der deu--tschen bank am greifswalder markt klebt keine rote farbe, sondern blut.

"deutsche banken, deutsches geld
morden mit in aller welt"

wir haben hochachtung vor menschen, die sich mit solchen aktionen in gefahr begeben. es ist ehrlicher auf die ursachen aufmerksam zu machen, als sich, mit einer kerze in der hand, einem aufruf folgend, ein ruhiges gewissen zu verschaffen.
krummbein fragt, was man gegen die häufigen angriffe gegen sein verlogenes unternehmen machen kann? VERSCHWINDEN !!!!

DER KAMPF GEHT WEITER

werner, asterix, kleines arschloch, madonna, miss piggy und hans albers
unsere richtigen namen schreiben wir nicht, weil wir vom verfassungsschutz genauso verfolgt werden, wie vorhin von der stasi

Hausbesetzung in Erfurt (Johannesstrasse 57)

20 Menschen auf der Suche nach einem gemeinsamen Weihnachtsgeschenk: das Ergebnis war ein riesiges Haus in der Innenstadt. Als Besichtigungstermin wurde die erste Dezemberwoche vereinbart, wir waren mit dem Objekt zufrieden und zogen ein. Nun ist in Erfurt manches anders als in anderen Staedten: so fand die Presse unsere vorweihnachtliche Aktion eine Tolle Idee, was der KoWo wohl ziemlich uebel aufstiess. Kurzum man bat uns zu einem Gespraech, in welchem eine "prakti- kable Loesung" diskutiert werden sollte. Auf gar keinen Fall wolle man eine Raeumung riskieren, also ein Punkt, der sich auch mit unseren Interessen deckt - loogisch. Es ist abzusehen, dass die Verhandlungen sich noch ein Weilchen hin auszoegern, derweil (so die KoWo) seien wir geduldet. Inzwischen leben und streben wir nach Hoeherem: kollektives Miteinander, der -zig tausendste Versuch, aber diesmal klappt es bestimmt. Und natuerlich sind wir ueber Gaeste zumeist hoch erfreut (Faschos und Bullen muesst ihr aber draussen lassen). In dem Sinne verstehen wir uns auch als ein weiterer Knoten im antifaschistischen Netzwerk - Telefon haben wir leider noch(!) nicht, aber als UEbernachtungsmoeglichkeit vor Demos o.ae. koennt ihr uns schon betrachten. Ansonsten: besucht das Haus solange es noch steht. Nun noch die Lage der Dinge: Erfurter Innenstadt 5min vom Anger entfernt Richtung Nord bzw. 2 Haltestellen mit der Strassenbahnlinie 1, 2 oder 6 Richtung Grubenstrasse und zwar in der JOHANNESSTRASSE 57 (direkt neben der Wohnungstauschzentrale) .

1.Erfurter Städtebericht

Seit dem 7.11. der Antirassistischen Aktionskonferen gibt es vermehrt "antirassistische" Aktivitäten.Es gab mehrere Demos jeweils jedoch von unterschiedlichen Spektren organisiert.

Zu der reginalen Demo wegen dem Tod von Silvio gingen über 400 Leute auf die Strasse .Bei der Kundgebung wurde als Polit/ Kunst Aktion eine Strohpuppe verbrannt, mit dem Transparent im Hintergrund "Alle schauen zu".Die Polizei war offenbar von der Demo völlig überrascht und nicht einmal in der Lage den Verkehr zu regeln.

Als am 4.12. klar wurde, das das Treffen der neofaschistischen "Artgemeinschaft" schon im Vorfeld verhindert war, die Behörden hatten auf öffentlichen Druck hin, alle Veranstaltungen verboten, gab es einen antifaschistischen Stadtspaziergang, bei dem von 50 Leuten ca.1000 Plakate in ganz Erfurt verklebt wurden.

Von diesen und anderen Aktivitäten,wie z.B. einzelnen Angriffen, wohl recht beeindruckt,waren die Faschisten für 3 Wochen ruhig.Zur Zeit geht es aber wieder los.Der Mainzerhof wurde nach einer Kulturveranstaltung mit jüdischer Folklore im Parterre entglast.Menschen nachts vor dem Mainzerhof verprügelt,die Lassalle mit Luftgewehren beschossen,eins ihrer Autos entglast und Antifas von einem mit Faschos besetzten Auto verfolgt.

Seit Anfang Dezember gibt es ein neues besetztes Haus, das nach einer Presseerklärung und einem Gespräch mit der KOWO erstmal eine Duldung ausgesprochen bekam.

Die MHE (Medizinische Hochschule) kämpft seit ca. 2 Monaten gegen ihre baldige Schließung,die mit einem eindeutigen Abbau von Leistungen im Gesundheitssektor sowie großer Arbeitslosigkeit verknüpft wäre.Mit den Aktionen der Studenten und des Personals die u.a. die Abdankung Vogels forderten solidarisierten sich zum Teil schon über 20.000 ErfurterInnen. Der Erfurter Bürgermeister und die lokale CDU sehen sich an der Spitze der "Bewegung".

Für den 30.Januar ist eine große Demo gegen Rassismus geplant. Vorher wird es eine antirassistische Aktionswoche geben mit Veranstaltungen,Diskussionen,Ständen in der Stadt,Flugblattaktionen vor den Schulen und anderem.

11.1. Mo – Razzia im AJZ Erfurt unter fadenscheinigen Begründungen
[illegible] Durchsuchung (k. Drogenfahndung, Staatsschutz)
15.1. Sa – Razzia im AJZ Arnstadt

Antifaschistisches Presse Archiv
c/o Papiertiger
Cuvrystraße 25
1000 Berlin 36

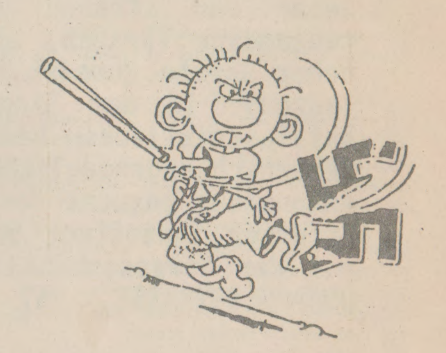
Liebe Leute !

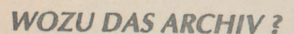
Wir schreiben Euch, um Euch mit unserem Antifa-Archiv bekanntzumachen und aufzufordern, unsere Informationen für Eure Arbeit zu nutzen.

WAS MACHEN WIR ?

Wir sind als von Parteien und Institutionen unabhängiges Antifa-Archiv seit Jahren dabei, Veröffentlichungen zu archivieren, die Antifaschistinnen und Antifaschisten nützlich sind. Wir bearbeiten zu diesem Zweck die Veröffentlichungen der Tagespresse, wobei unser Schwerpunkt deutlich auf Vorgänge in Berlin und Brandenburg liegt, ohne Überregionales zu vernachlässigen. Hinzu kommen Wochen- und Monatszeitungen sowie Dokumentationen, Broschüren und Bücher aus dem bürgerlichen und linken Spektrum.

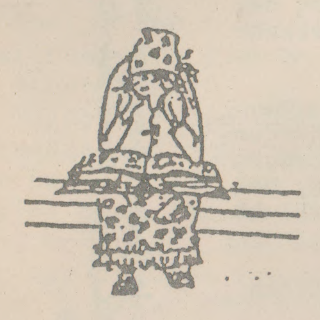
In unserem Bestand - ab 1980 - findet ihr Material ...
- zu neofaschistischen Organisationen (NF, DA, FAP,..)
- zu Parteien der Braunzone (DVU, REP, NPD, ÖDP, DL...)
- zum rechtskonservativen Bereich (Burschenschaften, Vertriebenenverbände...)
- zu Skins und Hooligans
- zu Psycho- und Politsekten
- zu heidnischen Gruppen und deren Verbindungen zum neofaschistischen Lager
- zur Ideologie der "Neuen Rechten"
- zu rassistischen und antisemitischen Angriffen
- zu antifaschistischen und antirassistischen Aktionen und Initiativen.
- zur Asylpolitik und zur Asyldebatte.





WOZU DAS ARCHIV ?

Wir wollen die Informationen, die zu den obigen Themen tagtäglich und über die Jahre veröffentlicht werden, allen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, Gruppen und Personen zur Verfügung stellen, um durch Hintergrundwissen u.a. eine fundierte Öffentlichkeitsarbeit zu erleichtern.
Wir wollen mit dem Archiv die Möglichkeit bieten, sich ein umfassendes Bild über die Entwicklung im neofaschistischen Lager anzueignen.
Desweiteren haben wir das Ziel, Informationen zu ausgewählten Schwerpunkten selber zu veröffentlichen.



jeden Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

ANTIFA-PRESSE-ARCHIV
C/O PAPIERTIGER
CUVRYSTRAßE 25
1000 BERLIN 36

Tel. 030/ 618 30 51

Ku-Bi e.V.
Stichwort Archiv
Konto-Nr. 965 45-103
beim Postgiroamt Berlin
BLZ 100 100 10

WIE KÖNNT IHR DAS ARCHIV NUTZEN ?

☆ Ihr kommt bei uns vorbei. Wir sind jeden Donnerstag von 17 bis 20 Uhr im Archiv.

☆ Ihr fragt schriftlich bei uns an. In diesem Fall werden auf Euch Kopier- und Portokosten zukommen.
Bitte legt Rückporto bei!

WAS KÖNNT IHR ZUM ANTIFA-ARCHIV BEITRAGEN ?

☆ Vor allem benötigen wir Material und Informationen aus und zu den oben genannten Themenbereichen, denn wir können nicht überall sein bzw. wissen von vielen Dingen auch nicht.
Deshalb möchten wir Euch bitten, uns alles zuzusenden, was mit Faschismus/Antifaschismus zu tun hat. Egal ob es sich um Bücher, Filme, Namen, Treffpunkte, Organisationen, Aufkleber, Texte, Zeitschriften, Flugblätter, Fotos oder sonstwas handelt. Besonders wichtig wären uns Artikel aus lokalen Zeitungen, da wir die Berliner Zeitungen umfassend auswerten.
Im Prinzip können wir alles gebrauchen, weil auch Kleinigkeiten Mosaiksteine im Gesamtbild sein können und dazu beitragen, der Realität ein Stück näher zu kommen. Euch mag ein Detail unwichtig vorkommen, für uns ergibt sich aber vielleicht daraus ein neuer Aspekt oder eine neue Verbindung. Wichtig ist vor allem, daß ihr uns die Quelle eurer Zusendung nennt (soweit Euch das möglich ist), damit wir damit auch wirklich arbeiten können.

☆ Geldspenden können wir jederzeit gebrauchen. Wenn ihr auf das unten angegebene Konto Geld einzahlt, könnt Ihr eine Spendenquittung erhalten.

☆ Sachspenden: Wenn Ihr Bücher zu dem Thema habt, die Ihr nicht mehr braucht, wären wir über Euer Geschenk sehr froh. Auch Büromaterial wie Gummibärchen und Schokolade fehlt regelmäßig !

STUTTGART-DOKUMENTATION 1

Am 27.Januar 1993 kam es in der Schwabstrasse 16.b auch zu einer Machtuebernahme. 150 Bullen raumten das besetzte Haus in dem zur Zeit ca. 25 Leute wohnten. Als Grund zur Raeumung gibt das Amt fuer oeffentliche Ordnung an, dass am 27.1.93 in der Schwabstrasse von zwei Personen ein Daimler beschaedigt wurde. Aber das ist nur ein Vorwand. In Wirklichkeit geht es der Suedwestbank und der Stadt und ihrer Luxussanierung darum, dass die Leute aus der Schwabstrasse 16b mit ihrer Art zu Leben nicht in ihr geschniegeltes Juppie- und Buerovierte1- Bild reinpassen. In wenigen Stunden haben Sie ein ueber ein ganzes Jahr aufgebautes Zusammenleben zerstoert! Zerstoert haben Sie einen Raum, wo Menschen zusammen ihre Traeume,Gefuehle und Gedanken verwirklichen wollten und es teilweise auch geschafft haben. Zerstoert haben Sie einen Raum, in dem wir unser Leben selbst in die Hand genommen haben und wo es auch fuer andere die moeglichkeit dazu gab. Ohne Eltern, ohne SozialarbeiterInnen und ohne Chefs und Staat. Zerstoert wurde ein Raum, wo ueber loo Bands aus aller Welt Konzerte geben konnten. Kapput machen wollen Sie unsere Vorstellungen von gemeinschaftlichem Zusammenleben und weil wir es nur zu mehreren schaffen uns was eigenes aufzubauen. Sie wollen uns erstmal spalten indem uns von der Jugendhilfe Caritas eine 2-3 Zimmerwohnung zugewiesen wird, wo wir zu 25zigt dahinvegetieren sollen, das auf laengere Zeit nicht gutgehen kann. Wir wollen kein Wohnklo. Wir wollen Platz fuer Konzerte, Platz fuer Veranstaltungen, Platz wo wir uns treffen koennen, Platz fuer unsere Phantasien. Wir wollen Leben nicht vegetieren. Das ist kein Einzelfall: Leben ohne Konsunzwaenge, Geld- und Profitdenken und Unterdrueckung wird schon lange bekaempft, ob Neckarstrasse, Wagenburgen oder sonstige Versuche frei zu Leben.

Gegen die HERRschafft des Profits Gegen die HERRschafft des Konsums Gegen die HERRschafft der Unterdrueckung

FUER DIE FREIHEIT

STUTTGART-DOKUMENTATION 2:

das war die schwabstrasse - dreck und zerstoerung?! das war der staat! - Fuer uns, die wir in jenem haus nicht in versperrten sondern in offenen, nicht in isolierten,sondern in zimmern lebten, wo wir zusammenkamen, war das haus, irgendwo die moeglichkeit, den eigenen willen auszuleben. die "schwabe" war ein ort, in der die arbeit die wir am haus zu verrichten hatten,oderbei der wir unser lebensgefuehl in den zimmern verwirklichten spass bedeuten konnte,selbstverwirklichung und phantasie.

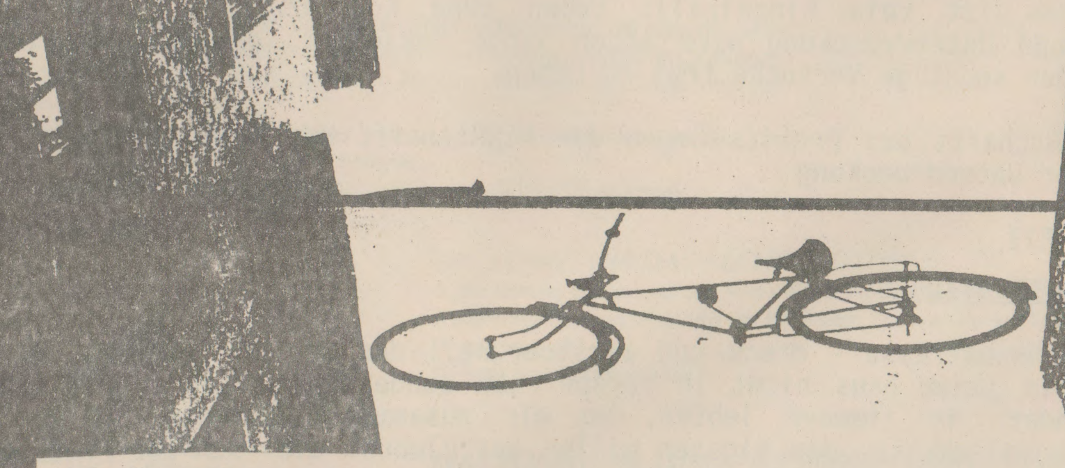
fuer das grosskapital der suedwestbank waren wir objekte, die daraus bestanden,dass wir unwillkommenes leben neben einer geld und betonmasse waren,dessen anblick, den in die tiefgarage der bank einfahrenden bonzen im weg waere. ebenso wie die andren haeuser, nicht nur des blocks 16 der "sicheren" unterbringung autos genannter blechkonstruktionen weichen mu+ten. fuer das AMT FUER OEFFENTLICHE ORDNUNG waren wir stoerenfriedInnen des RECHTS UND GESETZES,da wir den krieg den sie nach innen gegen alle kaempferInnen fuer eine herrschaftsfreie gemeinschaft fuehren,versuchten zu ihnen zurueckzutragen. nach der untergrabenden raeumung vom 15.,dem konzertverbot,verbot also des zusammenkommens von menschen und der versuch der isolation war der grund der mit brachialgewalt erfolgten "entfernung" nicht, dass zwei menschen, zu ihrem wohnort zurueckkehrend,einen baenkermob vor dem haus stehen sehen inklusive 3 jener aus der kapitalistInnenmetropole kommenden DAIMLER-BONZE ihrem gefuehl zufolge handelten.-dabei den stern leider nur um 2 cm verrueckten,worauf das zitat eines, sein "privateigentum" schuetzenden feinen herren folgte, welches besagt:"sag deiner schlampe, wenn sie das nochmal macht,schlag ich ihr den schaedel auf der motorhaube ein.", dem ein wortgefecht und andererseits zwei flaschen folgten. dies als anlass genommen fuehrt die bank ihre seit wochen verstaerkten bestrebungen, das haus verschwinden zu lassen,fort, verbal unterstuetzt durch treue sensationsgeile staatsbuergerInnen.

ADOLF NASTOLD, nationalbewusster, hochgedienter befehlsgeber gibt begeistert seine zustimmung zu einer raeumung in bester tradition durchgefuehrt von einer hundertschaft SEK - bullen,"unterstuetzende" goeppinger bullen, feldbullen, drogenhunde, sprengstoffhunde, staatsschutz und eine massive strassensperre sind vonnoeten um zu verhindern,dass menschen weiterhin ein haus beleben. was fuer die politik dieses staates den erfreulichen nebenaspekt hat, ueber das AUSLAENDERAMT auslaender genannte menschen, denen diese aufgepfropfte tatsache nichts bedeutet und die sich erlaubten sich das zu nehmen was sie brauchten, fristgerecht abzuschieben. Und nun zwanzig hausbesetzerInnen o.f.W., unter einem regime von staates gnaden bekommen "wohnung", almosen der caritas, fressen zugeworfen als schaufensterauslage einer hauptstrasse, unter kontrolle des jugendamtes und der caritas im zusammenspiel des unterdrueckungsmechanismus; entweder mensch funktioniert als raedchen im system oder er wird verschrottet.

nur keine freie, selbstbewusste entscheidung, ab da wirds gefaehrlich fuer den mechanismus.

DOCH NICHT MIT UNS, - WIR LEBEN NOCH UND DAS WERDET IHR VERDAMMT ZU SPUEREN BEKOMMEN

DENN HINTER DEN TRAENEN STECKT DER HASS UND DER WIRD AUSBRECHEN.



Liebe Genossinnen und Genossen in den (ex) besetzten Häusern in Friedrichshain und anderswo

Jetzt wird es ernst mit dem Häuserkampf in der Zellestraße 3 ! Unsere ach so sozialen EigentümerInnen, die uns von Anfang an nur verarscht haben, laut eigenen Angaben mit uns in einem "Boot" sitzen und dasselbe wollen wie wir, nämlich gemeinschaftliches Wohnen und die zum Teil selbst aus der Kreuzberger Alt-BesetzerInnen-Szene stammen, haben ihr wahres Gesicht gezeigt. Da sie die Selbsthilfekohle zur Zellemodernisierung nur mit der Auflage zugesagt bekamen, sich mit uns in irgendeiner Form zu einigen, haben sie der zuständigen Senatsstelle ein Einvernehmen mit uns vorgelogen und prompt das Geld überwiesen bekommen. Als wir die Senatsmenschen (Stahnz/Rödiger) aufgeklärt hatten, meinten die:" Ach so ja, Pech für euch." Die EigentümerInnen scheinen ganz gut zu fahren mit ihrer Mogelpackung.

Im Januar 1993 wollen sie uns Strom und Wasser abdrehen um uns somit kalt zu räumen. Entgegen ihren Aussage, "eine Räumung ist mit uns auf keinen Fall drin ","auf jeden Fall wird keiner von euch auf der Straße sitzen". Im krassen Widerspruch zu ihrer aufgesetzen Kumpelhaftigkeit haben sich die neuen EigentümerInnen "Zellestr. 3 GbR" nicht die geringste Mühe gegeben, eine auch für uns akzeptable Lösung zu finden.
Sie wollen zwar die Selbsthilfekohle abziehen, aber doch lieber das Ganze ohne die Besetzer. Wir wurden hingehalten, nicht an der Planung beteiligt, bekamen nach ewigem Gebummele schließlich Einsicht in völlig veraltete Pläne, wir wurden beleidigt und mehrmals zur Prügelei aufgefordert.

Kein Bock auf Kreuzberger Yuppies mit pseudolinken Deckmäntelchen in Friedrichshain und anderswo

Die Rigaerstr.80 ist ein seit dem 12.Juni 1990 besetztes Haus in Berlin Friedrichshain.

In zwei Seitenflügeln und einem Quergebäude leben seit diesem Zeitpunkt über 30 Kinder,Männer und Frauen,welche mit dieser Hausbesetzung ihre Wohnungslosigkeit beendeten und ein gemeinschaftliches Zusammenleben begannen.

In einigen Wohnungen und einem Elektroladen im Vorderhaus leben und arbeiten Menschen, von welchen einige,durch die Wohnunsbugesellschaft Friedrichshain (WBF) ausgestattet mit Mietverträgen, vor nur 3 Monaten d.h. im Herbst 1992 einzogen.
Nach langer Zeit der Wohnungssuche haben sie sich gerade eingerichtet und die aus eigener Tasche finanzierten Renovierungen zum größten Teil abgeschlossen.Wie unzählige Haushalte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sehen sie sich nun im Ungewissen an wen und in welcher Höhe sie ihre Mietzahlungen überweisen sollen.

Auch wir Besetzer und Besetzerinnen der Rigaerstr.80 bemühten uns darum Miet-,Pacht- oder langfristige Nutzungsverträge von der WBF zu erhalten.Diese zögerte alle Entscheidungen solange hinaus bis das "Problem" einem neuen Eigentümer übergeben werden konnte.
Hingehalten,vertröstet und an immer wieder neue Adressen verwiesen stehen wir,die Besetzer und Besetzerinnen nun gemeinsam mit den Mieter und Mieterinnen des Vorderhauses einem hamburger Spekulanten gegenüber.

Harm Müller-Spreer ist gemeinsam mit Sven Börcherts Inhaber der hamburger Immobilienverwaltung TURNER ,die unter dem Namen Engelbrecht-Schnür und Partner GmbH auftritt.

Die Pläne dieser Herren sehen vor im gesamten Gebäude Rigaerstr.80 eine **Luxusmodernisierung** durchzuführen.

Vorgesehener Baubeginn:April 1993
Bis zu diesem Zeitpunkt sollen alle Bewohner und Bewohnerinnen das Haus geräumt haben.Besetzer und Besetzerinnen so wie Mieterinnen und Mieter.
Seinen ersten Versuch eine Räumung zu erwirken,startete Harm Müller-Spreer am Dienstag den 26.1.1993.
Wie mündlich angekündigt, wollte er zusammen mit zwei Architekten und seinem Teilhaber eine Begehung des Hauses durchführen,um das Aufmaß für die geplanten Bauarbeiten zu nehmen.
Als wir ihm den Zutritt verwehrten bemühte der sichtlich erboste Investor die Polizei,die sich nach Überprüfung der Lage weigerte seine privaten Interessen auf rechtlich ungeklärter Grundlage durchzusetzen.



Nachdem für Müller-Spreer die von der Polizei erhoffte Unterstützung ausblieb, kündigte er an dann eben mit den **richtigen Leuten** wiederzukommen.

Diese Aussage verstehen wir als Drohung.

Auch der Ladenbesitzer ist von einer Kündigung und somit dem Verlust seiner Existenz bedroht, denn die nach der Modernisierung anfallende Ladenmiete wäre für ihn **unbezahlbar**.

Für alle Menschen mit durchschnittlichem Einkommen **unbezahlbar** wären auch die von Spreer und Konsorten modernisierten Wohnungen.

Die Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum durch private Modernisierungsmaßnahmen und ständig steigende Mieten werden langfristig die Wohn- und Lebenssituation im Friedrichshainer Kiez verändern.
Die Verfielfachung der Gewerbemieten verdrängenalteingesessenen Einzelhandel und das Kleingewerbe. Spielhallen, Sexshops, Luxuskneipen und teure Supermärkte nehmen ihre Plätze ein.
Die vertraute Nachbarschaft weicht der Anonymität.

In der Rigaerstr. 80 kämpfen Hausbesetzer/innen und Mieter/innen gemeinsam für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum.
Wir wehren uns gegen die rigorosen und menschenverachtenden Methoden eines millionenschweren Investors der sich an Wohnraum weiter bereichern will.

Wohnraum darf keine Ware sein!
Für ein vielfältiges, frohes und bezahlbares Leben in Friedrichshain und überall!

Die Besetzer und Besetzerinnen der R 80

Neues Deutschland 1.27.01.

Ein Immobilien-Makler aus Hamburg will Bewohner der Rigaer Straße 80 vertreiben:

25 Mark für jeden, der freiwillig auszieht

Wer hilft Hausbesetzern, wenn sie es nicht selbst tun? Die aus der Rigaer Straße 80 in Friedrichshain, die dort seit Juli 1990 leben, erwehren sich derzeit des Immobilien-Maklers Müller-Spreer aus Hamburg. Gestern hinderten sie ihn daran, das Gebäude zu vermessen. Denn der will hier Luxuswohnungen schaffen, und zwar mit marktüblichen Waffen: Erst bot er den 40 Besetzern, unter ihnen sechs Kinder, 1 000 Mark an. Nicht jedem, sondern allen zusammen. Damit sie die Wohnungen räumen. Dann drohte er mit handfesten Bauleuten und mit höheren Stellen.

Die Besetzer indes zeigten sich weder vom kargen Zuckerbrot, das sie als Hohn empfinden, noch von besagter Peitsche sonderlich beeindruckt. „Der Mann kann nicht einmal eine Legitimation vorweisen, daß er hier irgendwelche Rechte hätte", empörte sich einer der „Rigaer" gegenüber ND. Weshalb auch keiner im Haus, auch nicht die „gewöhnlichen" Bewohner, so recht wissen, wem sie die Mieten zahlen sollen. Im übrigen seien sie natürlich für eine Verbesserung der Wohnsituation, allerdings ohne gleichzeitig billigen Wohnraum zu vernichten. Deshalb wollten sie auch bleiben, wo sie jetzt sind, und jedwede Form des Baubeginns verhindern.

Als Müller-Spreer nun gestern anrückte, ließen sie ihn nicht durch das Eingangstor. Eine halbe Stunde später rückte der mit der Polizei an, die aber nach kurzen Debatten mit den Hausbesetzern wieder abrückte. Der Immobilien-Makler hat inzwischen angekündigt, das nächste Mal mit „richtigen Kerlen" das Problem zu klären. Ob das solche von der Polizei sein sollen oder aus seiner Firma, das ließ er offen. *RAINER FUNKE*

Berliner Zeitung 27.01.

Streit um die Rigaer 80

Hausbesetzer wollen Luxusmodernisierung verhindern

FRIEDRICHSHAIN

Der Streit um das besetzte Haus in der Rigaer Straße 80 mit 35 Wohnungen ist neu entbrannt, seit die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) das Gebäude an den Alteigentümer – eine Erbengemeinschaft – zurückgegeben hat. Diese wiederum verkaufte das Haus im Dezember an den Hamburger Harm Müller-Spreer.

Gestern warteten die Besetzer auf den neuen Besitzer, der das Haus vermessen lassen wollte. „Wir haben Herrn Müller-Spreer schon vorige Woche mitgeteilt, daß wir von ihm eine Legitimation haben wollen", sagt eine Besetzerin, „sonst kommt er hier nicht rein." Um 11 Uhr fuhr dann ein Mercedes mit Hamburger Kennzeichen vor. Die Besetzer versperrten Müller-Spreer den Zugang und forderten seine Legitimation. Dem kam Müller-Spreer nicht nach und verließ den Schauplatz mit der Ankündigung, zur Polizei zu fahren.

Bemühungen der Berliner Zeitung, mit ihm ins Gespräch zu kommen, wehrte dieser ab: „Ich will mit der Presse nichts zu tun haben."

Nach Angaben der Besetzer, die in der Rigaer 80 seit Juli 1990 wohnen, wolle Müller-Spreer fünf Millionen Mark in das Haus investieren. Die Sanierung solle ohne öffentliche Förderung erfolgen. Die Besetzer fürchten, daß dadurch billiger Wohnraum vernichtet wird.

Auch Peter Escher, der im Vorderhaus seit März 1991 einen Elektronikladen betreibt, ist verunsichert. „Ich weiß nicht, an wen ich jetzt meine Miete zahlen soll. Die WBF teilte mir mit, daß sie nicht mehr zuständig sei." Jetzt wolle er die Miete bei einem Gericht hinterlegen.

Uwe Aulich

WEM GEHÖRT DIE WELT?!

FLUGI VON (A)HÄUSERN IN KÖLN

Bundesweit leben über 1 Million Menschen auf der Straße und das in einem der reichsten Länder der der Welt. In Köln gibt es 44000 Obdachlose (in Containern, Hotelzimmern, Stadthallen und anderen Unterkünften untergebracht).

Es ist falsch zu glauben, daß Wohnungsnot alle trifft. Sie war immer und ist ein Problem der Menschen mit niedrigem Einkommen, ArbeiterInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Alleinerziehende, alleinstehende Frauen, Behinderte Alte oder AusländerInnen.

HausbesitzerInnen -egal ob Stadt oder Private- , die es sich leisten können, ein Haus leerstehen zu lassen, können es auch verkraften, wenn dort Menschen wohnen.

So wie in anderen Städten gibt es auch hier in Köln Menschen, die sich gegen diese Situation wehren und Eigeninitiative entwickeln. Seit über 30 Jahren werden in Köln Häuser und Plätze besetzt, die zum größten Teil jahrelang leerstanden.

Die meisten der Häuser werden innerhalb kürzester Zeit mit massiver Polizeigewalt geräumt zerstört, unbewohnbar gemacht oder stehen nachher noch jahrelang zugemauert herum.

Die konkreten Gründe für die heutige Wohnungsnot sind vielschichtig:
- die Vernichtung von 100 000 Wohnungen/Jahr durch die BRD (20000 durch Abriß, 80000 durch Umwandlung in Arzt- oder Notarpraxen, Büros und Eigentumswohnungen
- 1,5 bis 2 Millionen Sozialwohnungen werden sich entscheidend verteuern, da die Gemeinnützigkeit für Wohnungsbaugesellschaften im Zuge der Steuerreform 1990 abgeschafft worden ist
- ganz wesentlich führen aber auch die privaten Modernisierungen von Altbauwohnungen zu diesem dramatischen Mangel an Wohnraum

Beispiele dafür sind der Gereonshof, die Simrockstr., Christianstr., die Bernhardstr., die Glasfabrik am Melatengürtel und der Mauritiuswall.

Die Politik der Stadt bestand meistens darin, sich aus der Verantwortung zu ziehen und diese Selbsthilfeprojekte zu kriminalisieren. Wenn die Verantwortlichen dieser Strategie so weitermachen, werden in den kommenden Monaten weitere 80 Menschen obdachlos.

Der Bauwagenplatz in Köln-Raderberg besteht seit 3 Jahren. Dort wohnen über 20 Menschen.

Obwohl die BesetzerInnen seit Anfang an versucht haben, Verhandlungen über Verträge oder Ersatzgelände aufzunehmen, hat die Stadt diese immer wieder boykottiert mit der fadenscheinigen Begründung, daß das Leben in Bauwägen illegeal sei und sie sowieso kein Ersatzgelände hätte.

Das halten wir für eine Lüge, weil die Stadt schon früher Mietverträge mit BauwagenbewohnerInnen abgeschlossen hat und wir auch immer wieder geeignete Ersatzgelände vorgeschlagen haben.

Mitte letzten Jahres hat die Stadt das Gelände an das Autohaus Kempen verkauft, das dort sein 3. Autohaus hinbauen will. Die Stadt glaubt nun, prima aus dem Schneider zu sein und erklärt sich seitdem für nicht mehr zuständig. Ihnen wären leider die Hände gebunden, weil das Ganze jetzt Privatsache sei.

Der Räumungsaufforderung des neuen Besitzers, das Gelände bis zum 31. Dezember verlassen zu haben, werden wir nicht nachkommen und bleiben hier, bis wir von der Stadt ein adäquates Ersatzgelände bekommen haben.

Am 30. 6. 92 wurde das besetzte Gelände MAURITIUSWALL 16-22 von einem martialischen Polizeiaufgebot geräumt. Das Gelände wurde am selben Tag dem Erdboden



Die Metzerstr. 18 -ein ehemaliges Bordell- wurde zu diesem Zweck vom Wohnungsamt beschlagnahmt. Vor 2 Jahren wurde hier eine Besetzung von der Polizei verhindert -auf einmal sind die Rechtsgrundlagen für eine Wohnung da. Aber dies wiederum -verstehe wer will- lediglich für 6 Monate, länger darf nach Recht und Gesetz in diesem unserem Lande Wohnraum nicht beschlagnahmt werden. Der Zuhälter und Besitzer sitzt noch für 10 Jahre im Knast -d.h. auf unabsehbare Zeit wird das Haus nach Auslaufen der Einweisung am 31.12. wieder leerstehen. Wir wollen diesen Schwachsinn nicht mitmachen und fordern hier auch nach dem Auslaufen der Beschlagnahme weiterwohnen zu können oder geeigneten Ersatzwohnraum für die ganze Gruppe zu bekommen. Der 2. Teil der Gruppe wurde nach langem Hick-Hack in die Rosenstr. eingewiesen. Dieses Haus soll im Februar 93 abgerissen werden. Auch für die dortigen BewohnerInnen steht noch keinerlei Alternative in Aussicht.

Die GÄRTNEREI auf der HELMHOLZSTR. in Ehrenfeld stand 10 Jahre leer, Ende Januar soll das Haus abgerissen werden und neuen Luxusappartments weichen. Die Kripo fordert vom Eigentümer (Imobilienfirma HaBeGe), Strafantrag zu stellen und möchte uns möglichst schnell räumen und aus der Welt schaffen. Die Eigentümer erwägen jedoch eine eventuelle Duldung bis zum Baubeginn (hauptsächlich aus eigennützigen Gründen).

Wir sehen nicht ein, daß das Gelände mit großen alten Bäumen und dem völlig intakten Wohnhaus abgerissen werden soll.

In den letzten 13 Monaten wurde 3 Mal ein AUTONOMES ANTIFASCHISTISCHES ZENTRUM besetzt, in dem wir wohnen und Räume für unkommerzielle Kultur- und Widerstandsveranstaltungen haben wollen. Alle 3 Zentren wurden mit einem unverhältnismäßigen Aufgebot von Polizei - sonderkommandos, Hubschraubern und Panzern brutal geräumt. Dabei wurde z.B. einem Besetzer der Arm zertrümmert und andere verprügelt.

Die Polizei, Politiker, Stadtverwaltung, Fraktionsvorsitzende und v.a. sollten sich langsam an den Gedanken gewöhnen, daß wir uns durch ihre hirnrissige und brutale Einschüchterungsstrategie nicht beirren lassen und daß Köln, wie viele andere Städte, ein Zentrum braucht. Wir werden unsere Forderung nach einem solchen Zentrum nicht aufgeben und

SOSO!

fordern von den Verantwortlichen, sich politisch mit der Situation auseinander zu setzen und uns unverzüglich Räume zur Verfügung zu stellen.

Vor genau einem Jahr, am 14.11.91, besetzten wir das Haus BERNHARDSTR. 163.

Das Anwesen, damals wie heute in einem sehr guten bezugsfertigen Zustand, steht seit über 20 Jahren leer!

Spätestens seit 84 weiß das Wohnungsamt, welches für die Zweckentfremdung von leerstehendem Wohnraum zuständig ist, von diesem Mißstand.

Scheinmietverträge für April 92 veranlassten die Polizei, uns zu räumen. Es ist aber niemand eingezogen, auch nicht zum 1.7. oder 1.10. 1992.

All diese Versäumnisse blieben ungeahndet. PolitikerInnen (Heugel und Christiansen) und Behörden (Wohnungsamt: Kessler) der Stadt Köln schliefen weiter.

Um das Haus B 163 wieder seiner Bestimmung zurückzuführen und um Licht in den Bürokratendschungel zu bringen, besetzten wir erneut. Nach wie vor hält sich die vermeintliche Eigentümerin Inge Glettenberg im Hintergrund. Wir fordern Verhandlungen für angemessene Mietverträge und keine Repressalien für HausbesetzerInnen, sondern für Miethaie und SpekulantInnen!

Wir fordern: Keine Räumung der Häuser und Gelände ohne adäquaten Ersatzwohnraum! Wir lassen uns nicht durch vereinzelte Verfahren und Verhandlungen einschüchtern, sondern fordern eine gemeinsame politische Lösung und werden uns gemeinsam wehren!

Anti-Antifa-Treffen in Meschede/Sauerland und unsere Anti-Anti-Antifa-Aktion dazu

heute am sonntag, den 27.12.92 hatte die anti-antifa zu einer demonstra- tion in meschede mobilisiert. diese demo sollte gegen 11:00uhr starten. wir, ca.150 antifaschistInnen aus der naeheren und weiteren umgebung trafen uns um 10:00uhr im rockcafe der falken meschedes. nach unseren informationen hatten sich vor der stadt ca. 30 faschisten versammelt, um im konvoi in die stadt zu fahren. wir gingen ihnen auf dem vermuteten anfahrtsweg entgegen. wir hatten zwar mit unserer vermutung bezueglich des anfahrtsweges richtig gelegen, allein, dass die faschos vor dem polizeipraesidium parkten und sich bei unserem erscheinen in selbiges fluechtender weise begaben, erstaunte uns doch ein wenig.nichts desto trotz liessen vier der faschisten einige federn, bevor sie in die schuetzenden arme der deutschen staatsgewalt entfleuchen konnten. danach herrschte leider genosse chaos auf unserer seite. wir zogen noch ein wenig durch die city und erhielten hier und da applaus von einigen passanten. zwischendurch erreichte uns die nachricht, dass die polizei im begriff sei, maechtige truppen gegen uns zusammen zu ziehen. wir hatten es also nun nicht mehr mit einigen stadtpolizisten zu tun, sondern auch mit einigen sek'lern. selbige scheinen der oertlichen einsatzleitung denn wohl auch den mut gegeben zu haben, nunmehr einen angriff auf unseren zug in erwaegung zu ziehen. in unsern treffpunkt konnten wir leider nicht mehr zurueck, die oertlichen falken hatten naemlich das buendnis verlassen. (begruendung: das clo war so dreckig, nachdem ihr drin wart.)(ich hab' auch schon bessere ausreden fuer die sprengung eines buendnisses gehoert, wenn mensch nicht wirklich zur sache kommen will.) na, jedenfalls standen wir da: sek'ler im nacken, nach vorne keinen zufluchtsort fuer uns, die faschos hinter dicken mauern und tueren (selbige leider von innen abgeschlossen) und zu all dem hing ueber uns die drohung: an der naechsten ecke ist schluss, dann loesen die uns auf, und es gibt tierisch aerger. uns erreichte dann die info, dass faschos und polizei einen gemeinsamen ausflug vor die tore der stadt gemacht hatten. fuer die eine haelfte der ausflugsgesellschaft sollte es eine reise ohne wiederkehr sein. sie mussten fort an leider draussen bleiben. angesichts dieser umstaende suchten auch wir in kleinen gruppen ein wenig zerstreuung. unser primaeres ziel war erreicht: kein faschoaufzug in meschede. ferner duerften wir auch erreicht haben, dass die stadt- haeuptlinge meschedes in zukunft etwas vorsichtiger sein duerften, und so bald keinen faschoaufzug mehr in ihrer stadt genehmigen.

nachtrag: fuer den nachmittag hatte die junge union des hochsauerlandkreises geladen. sie wollten sich ihre zarten finger verbrennen (mit heissem wachs und so) ja, richtig geraten, ein lichterkettlein war angesagt. es menschelte sehr unter den christen und unter denen, die ausserdem noch demokraten sind. hatten sie nicht noch unter'm festlichen baeumchen gesungen: "ihr kinderlein kommet, oh kommet doch all..."? und auch wenn die kinderlein nun nimmer mehr zu uns kommen, so sieht es nun mal der asylkompromiss vor, erlaubten sich 1.200 christen und sonstige spezialdemokraten eine versammlung gegen gewalt und fuer die wuerde des menschen. nach unseren informationen war aber schon nach gut 20 minuten

schluss mit menscheln. es war kalt, man hatte seinen letzten wachs im widerstand gegen das boese im land vertropft, man konnte guten gewissens zurueck zu heim und herd und sich die zaehen wachstropfen aus den guten sonntagsklamotten kratzen.

Nazi-Aufmarsch in Meschede verhindert

Ein genehmigter Aufmarsch der Sauerlaender Aktionsfront unter dem Motto 'Gegen die deutschfeindliche Hetze' wurde am Sonntag (27.12.) von 200 AntifaschistInnen verhindert. Anlass war eine Veranstaltung der Jungen Union gegen Auslaenderfeindlichkeit und Gewalt. Der GdNF-Ableger Sauerlaender Aktionsfront meldete eine Gegenkund- gebung an. Dieses scheint in Meschede schon Tradition zu haben. Schon im letzten Sommer kam es anlaesslich einer Antifa-Demo zu einer Demo von Faschisten. damals nahmen auch einige Kader der GdNF teil. So zum Beispiel Christian Worch von der Nationalen Liste aus Hamburg. Die Anti-Antifa-Demo wurde damals vom Fuehrer der Sauerlaendischen Aktionsfront Thomas Fink organisiert. Fink war ueber Jahre in verschiedenen faschistischen Gruppen aktiv. Er war beauftragt mit dem Aufbau der sogenannten Bismarck-Jugend einer Jugendorganisation der Deutschen Freiheitsbewegung des Alt Nazis Ernst Otto Remer. Fink war im Zusammenhang damit massgeblich am Aufbau der Sauerlaender Aktionsfront beteiligt. Diese gruendete im Sauerland (unter anderem in Meschede) Kameradschaften, deren Mitglieder sich vor Allem aus Skinheads und Hooligans rekrutieren. Thomas Fink verunglueckte im Sommer toedlich mit seinem Motorrad. Seitdem erscheint die Sauerlaender Aktionsfront kopf- und fuehrerlos. Der Versuch eine Demonstration durchzufuehren scheint demnach ein Versuch zu sein wieder mehr in Erscheinung zu treten. Zudem werden momentan wieder verstaerkt Ausweichquatiere ausserhalb der groesseren Staedte gesucht, da dort zuviele Menschen sich Faschisten in den weg stellen. In Meschede scheint fuer Faschisten ein gutes Pflaster zu sein. Die Stadt scheint ihnen sehr zugeneigt So wurde die zweite Kundgebung dieses Jahr genehmigt. Darueberhinaus erhaelt die Mescheder Kameradschaft staedtische Raeume. Nach Aussagen von BuergerInnen aus Meschede renoviert die Kameradschaft ihre in der Mescheder Innenstadt gelegenen Raeume seit einiger Zeit. Die Demonstation war allerdings ein totaler Reinfall. Nur 30-40 Faschisten versammelten sich unter einer Bruecke neben der Mescheder Polizeiwache. Zur gleichen Zeit naeherte sich ihnen ein Demonstrationszug von ungefaehr 200 AntifaschistInnen. Die Faschisten wurden von AntifaschistInnen angegriffen und fluechteten. Die nur sehr wenigen Polizisten schuetzten die Faschisten, indem sie diesen vor der Polizeiwache Schutz boten. Von dort aus schossen einige der Faschisten mit Leuchtspurmunition auf die AntifaschistInnen. Ein Polizist zog nach Aussage mehrerer Leute seine Pistole und drohte damit auf AntifaschistInnen zu schiessen. Im Anschluss daran kam es zu einer etwas chaotischen weil unentschlossenen Demonstration quer durch die Innenstadt Als eine Hundertschaft von der Polizei als Verstaerkung eintraf, eskalierte die Situation. Mindestens 4 AntifaschistInnen wurden festgenommem. Die Faschisten fuhren derweil nach Arnsberg. Ein 17 jaehriger skinhead allerdings wurde aus unbekannten Gruenden festgenommen.

Düsseldorf als Hauptstadt der Rechten?

Wenn es nach dem Stoerkraft-Manager und Mitglied der FWG (Freie Waehlergemeinschaft, Abspaltung der REPs) geht, soll Duesseldorf die Hauptstadt der Ultrarechten werden. Noch ist das rechte Lager zersplittert. Das passt der Interessen- gemeinschaft Duesseldorfer Politik (IDP) ganz und gar nicht. Die IDP hat sich im letzten Sommer aus rechten Geschaeftsleuten, Anwaelten und anderen Mittelstaendlern zusammengeschlossen. Die IDP entwickelte ein Strategiepapier, das der WZ (Westdeutsche Zeitung - Duesseldorfer Nachrichten) zugespielt wurde. 800 rechte Aktivisten gibt es in der Landeshauptstadt schon. Die Freie Waehlergemeinschaft ist mit fast 400 Mitgliedern die staerkste Gruppierung. Die DVU folgt mit 230 Akti- visten,, danach kommen die Republikaner mit 180 Mitgliedern. Die NPD, die Konservativen, die Deutsche Liga und die OEDP spielen dabei kaum eine Rolle. In dem Papier wird eine Vereinigung der Rechten gefordert, wobei die FWG als Sammelbecken fungieren soll. Es wird in dem Papier besonders hervorgehoben, dass die Unterwanderung von Brauchtums-, Karnevals- und Sportvereinen weit gediehen ist. Stoerkraft-Manager Lemmer, so das Papier, setzt gezielt auf Jugendliche an, vom Prollo bis zum Yuppie soll geworben werden. Ausserdem soll es eine neue rechtsradikale Schuelerzeitung geben. Im Interesse ihrer Sache ist die FWG wieder bereit mit den Schoenhuber-Konsorten gemeinsame Sache zu machen. Vorbedingung: Die Partei muesse gesaeubert werden. Fuer Theo Romahn und Wolfgang Rau (rechte Ratsherren) soll es keinen Platz im neuen Buendnis geben. 160.000 Mark will sich die FWG den Wahlkampf kosten lassen. Hintermaenner wollen noch einmal 30.000 Mark dazubuttern. Mit 600.000 Flugblaettern und mit 250.000 Aufklebern soll der rechte Scheiss unters Volk gebracht werden. Die anderen Parteien bemuehen sich schon seit laengerem, den Haufen um den Rechts-Rock-Manager Lemmer und Mitgenosse Zaunbrecher aus dem Rathaus zu klagen. Mitglieder der rechten Fraktion hatten versucht, sich mit Nachschluesseln Zugang zu den Bueros der anderen Fraktionen zu ver- schaffen. Auf Kosten der Steuerzahler hat die rechte Truppe Privattele- fon-Gespraeche im Wert von mehreren hunderttausend Mark gefuehrt. Es sind obskure Feten im Rathaus auf Kosten des Steuerzahlers gefeiert worden. Die FWG macht sich in Duesseldorf besonders in den Stadtteilen Reisholz, Garath und Hellerhof breit. In Hellerhof, in dem die Jugendeinrichtungen von DRK und Stadt mangels Mitteln geschlossen worden sind, habe ich vor einigen tagen mit dort ansaessigen Jugendlichen gesprochen. Sie sagten mir, dass sie von Aktivisten der FWG angesprochen und gezielt geworben worden sind. Versprechen der Rechten, wenn sie gewaehlt werden, wuerde endlich wieder was fuer die Jugendlichen getan werden und nicht fuer das "Auslaender-Pack" werden ohne Hinterfragen geglaubt. Erste Folgen der Sparpolitik der Stadt am falschen Ende. Auch in Reisholz und Garath laeuft die Jugendarbeit nur noch auf Sparflamme. Unmengen von FWG-Aufklebern zeigen, wer daraus Nutzen ziehen moechte.

DÜSSELDORF

Das in einem Geheimpapier skizzierte Buendnis der Ultrarechten in Duesseldorf findet vorerst ohne die Republikaner statt. Einstimmig beschlossen die 83 Republikaner der Kreisversammlung Duesseldorf, keine Waehlergemeinschaft mit der Freien Waehlerge- meinschaft (FWG) einzugehen. Der Hauptgrund: Der Geschaefts- fuehrer der FWG habe sein Amt missbraucht, unter anderem dadurch, dass er fortwaehrend das Management der Band Stoerkraft gefuehrt hat. Laut REPs Duesseldorf hat er sich damit als Demokrat disqualifiziert. Dem Beschluss war eine heftige Kontroverse vorausgegangen. Fuer seine Verhandlungen mit der FWG musste der Vorstand der REPs von seinem Mitgliedern intensivste Kritik einstecken. Nichts desto trotz erhoffen sich die Republikaner bei den Kommunalwahlen '94 weiter 10 - 20 Prozent der Waehlerstimmen. Einer der ultrarechten REPs wird allerdings dann nicht mehr dabei sein: Hartmut Jansen aus Duesseldorf, zuletzt als Fraktionsloser im Stadtrat, soll als "Entwicklungshelfer" der REPs ab Herbst im Landesverband Sachsen der REPs arbeiten.

Ich find's ja herrlich komisch, dass gerade die REPs andere Ultra- rechte als nicht demokratisch abqualifizieren. Da versucht sich wohl wer als Demokrat zu tarnen.

Weg mit der FAP-Bundesgeschaeftsstelle!
Gegen faschistische Gewalt in Krupunder und anderswo!

Seit der Annexion der DDR bereitet sich der rechtsextremistische Terror im neuen Grossdeutschland immer ungehemmter aus. Er forderte allein 1992 ueber zwanzig Todesopfer. Dieser Terror ist nicht, wie uns die Herrschenden weissmachen wollen, das Werk fehlgeleiteter Jugendlicher, sondern oft von langer Hand von Faschisten geplant.

Eine solche Schaltzentrale des faschistischen Terrors ist in Halstenbek/Krupunder. Hier betreibt Glenn Goertz als Bundesgeschaeftsfuehrer die Bundesgeschaeftsstelle der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei). Die FAP ist eine militante faschistische Partei, die der verstorbene "Nazi-Fuehrer" Michael Kuehnen als "legalen Arm der verbotenen NSDAP" bezeichnete. Die FAP, die in der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) organisiert ist, ist eine der staerksten Kraefte im faschistischen Lager der BRD.

Auch in Halstenbek taten sich FAP-Mitglieder und Mitlaeufer im Laufe des letzten Jahres durch Gewalttaten und rassistische Aktionen hervor. Im Fruehjahr schmissen zwei Anhaenger der FAP in einem Halstenbeker Fluechtlingsheim mit Steinen die Scheiben ein. Am 29.04.'92 wurde ein afikanischer Fluechtling 50m entfernt von einer Kneipe, wo eine Parteiversamlung der FAP stattfand, von einem FAP-Mitglied angegriffen und krankenhausreif geschlagen.

In den Sommermonaten wurden am Krupunder Bahnhof mehrmals AntifaschistInnen und AuslaenderInnen angegriffen und geschlagen. Am 01.09.'92 tauchten in ganz Halstenbek Aufkleber mit folgendem Text auf: "Achtung! Die Gemeindeverwaltung weisst darauf hin, dass Auslaender und Asylanten den Schuetzenplatz nicht betreten duerfen! Der Buergermeister." Kurz nach dem Auftauchen dieser gefaelschten Aufkleber fand das Schuetzenfest statt, auf dem die Faschos bereits in den Vorjahren Schlaegereien angezettelt hatten. Bei einer Polizeirazzia am 30.09.'92 auf dem Bahnhofsplatz unter ca. 40 FAP-Mitgliedern und Mitlaeufern wurden dann auch zahlreiche Waffen sichergestellt. Fuer uns alle ist klar, dass ein konkreter Zusammenhang zwischen faschistischer Koordination wie in Halstenbek/Krupunder und den rassistischen Morden wie in Moelln besteht. Wir halten es fuer notwendig, auf solche Kristallisationspunkte der Faschisten aufmerksam zu machen und gegen sie vorzugehen.

60 Jahre nach der Machtergreifung der NSDAP ist es unertraeglich, dass eine Partei wie die FAP, die in der Tradition des NS-Faschismus steht, in Krupunder ihre Zentrale hat. Die FAP tritt offen fuer die Errichtung des 4. Reiches ein und wirbt in ihren internen Schriften mit Fotos der Hitlerjugend. Lehren aus der Vergangenheit ziehen, heisst heute, gemeinsam mit allen antifaschistischen Menschen und Organisationen gegen die neuen Faschisten vorzugehen. Wir begruessen die bisherigen Initiativen Halstenbeker BuergerInnen gegen die Nazi-Zentrale. Wie zum Beispiel die seit dem 16.12.'92 woechentlich stattfindenden Mahnwachen am Krupunder Bahnhof vor der Bundesgeschaeftsstelle der FAP.

Aus der Vergangenheit lernen, heisst aber auch zu erkenen, dass die "Machtergreifung" der Nationalsozialisten 1933 kein Putsch, kein Gewaltakt war, sondern eine legale Machtuebergabe der buergerlichen Parteien an die Faschisten im Rahmen der damaligen Verfassung. Das bedeutet fuer uns heute fuer eine konsequente Ausgrenzung von nazistischen Parteien einzutreten. Es kann nicht sein, dass mit Faschisten ein politischer Dialog gefuehrt wird. Wir verurteilen entschieden die auf der Sitzung der Gemeindevertretung am 01.12.'92 ausgesprochene Einladung vom Halstenbeker Buergermeister Egge (SPD) an die FAP zu einem gemeinsamen Gespraech ins Rathaus. Es gibt viele Vorstellungen, wie mensch gegen die Faschisten vorgehen kann. Viele halten ein Verbot neanazistischer Organisationen fuer sinnvoll und appellieren an den Staat,

dieses durchzusetzen. Wir finden dieses problematisch. Zum einen wird dadurch ein Verhalten bestaerkt, das eigene Kreativitáaeát und Phantasie nicht zulaesst und damit auch die Entwicklung von eigener Kraft und Staerke verhindert. Zum anderen ist zu erkennen, dass das staatliche Verbot in erster Linie das Ansehen der BRD im Ausland verbessern soll, und nicht der wirksamen Unterbindung neonazistischen Terrors dient. Verbotene Organisationen werden sofort wieder unter anderem namen neu gegruendet. So ist die FAP eine quasi Nachfolgeorganisation der 1983 verbotenen ANS/NA, deren Mitglieder fast geschlossen in die FAP uebertraten. Auch in Halstenbek gruendete sich direkt im Anschluss an das Verbot noch 1983 eine Kameradschaft der FAP. Im Gegensatz zum Vorgehen gegen linke Organisationen hat das staatliche Verbot keine weitergehende Kriminalisierung der Faschisten zur Folge, selbst dann nicht, wenn umfangreiche Waffenlager gefunden werden. Ausserdem wurde das Verbot der NF (nationalistische Front) und der DA (Deutsche Alternative) zuvor in den Medien angekuendigt und damit den Faschisten ermoeglicht, zahlreiches belastendes Material beiseite zu schaffen. Es wurde von AntifaschistInnen beobachtet, dass nach dem Verbot der NF Aktenmaterial aus der Bundesgeschaeftsstelle der FAP herausgetragen wurde.

Diese Propagandashow der Herrschenden wollen wir nicht unterstuetzen. Uns liegt nichts an "unserem deutschen Vaterlande" (Kohl/Weizsaecker). Wir halten es fuer notwendig, den antifaschistischen Schutz in die eigenen Haende zu nehmen. Ausserdem finden wir es wichtig, faschistische und rassistische Inhalte zu benennen und zu bekaempfen. Die hetze gegen Fluechtlinge wird nicht nur durch Neonazis wie der FAP betrieben, vielmehr geht die rassistische Hetze gegen ImmigrantInnen weit in die Bereiche buergerlicher Parteien (CDU, SPD) und Medien hinein. Den Herrschenden nutzt der Rassismus als Ventil und lenkt von der wirtschaftlichen Misere und dem massiven Abbau von Sozialleistungen ab. Der faschistische Mob wird von ihnen als Legitimation fuer die faktische Abschaffung des Asylrechts benutzt. Der Staat praktiziert eine rassistische Abschiebepolitik gegen jene, die aufgrund politischer Verfolgung, Krieg und Armut aus ihren Heimatlaendern zu uns fliehen. Dass ein solcher Staat kein ehrliches Interesse an der Zerschlagung und Aufloesung aller faschistischen Organisationen hat, ist offensichtlich.

Wir wollen dass sich der oeffentliche Druck auf die FAP weiterhin verstaerkt. Die Bundesgeschaeftsstelle muss weg. Wir wuenschen uns eine breite geschlossene Demonstration in der viele antifaschistische Gruppierungen zu Wort kommen und in der es gelingt, unsere Inhalte zu vermitteln. Wir wollen mit dieser Demonstration unseren Widerstand gegen die faschistische Praesenz in Halstenbek/Krupunder zeigen.

Wir fordern Euch auf, den Faschisten entschieden entgegenzutreten, dem rassistischen Mob darf weder in Halstenbek, noch anderswo die Strasse gehoeren.

FAPler IN SPANIEN RAUSGEFLOGEN

Am 20. November fand in Madrid eine Veranstaltung der "Falange Espanola" (das sind die spanischen Altfaschisten). Dazu war auch eine Delegation der BRD-Neonazi-Organisation FAP mit 7 Leuten aufgelaufen. Auf der Veranstaltung, an der ca. 600 Personen teilnahmen, sollte des Todes des Faschisten- fuehrers und Diktators Primo de Rivera (in der 30er Jahren) gedacht werden.

Nachdem die Guardia Civil (Bundespolizei) angedroht hatte, die FAP-Nazis aus der Veranstaltung rauszuholen, wurden die Faschisten aus der BRD von den Veranstaltern des Saales verwiesen. Sie akzeptierten dieses Saalverbot und kuendeten an, stattdessen zu Francos Grab zu fahren, um dem Diktator und den Toten des 2. Weltkrieges die Ehre zu erweisen.

Wie gut die Zusammenarbeit zwischen spanischen Faschisten und den deutschen Neonazis funktioniert (und dass ihr Rausschmiss nur auf Druck der Polizei stattfand) sieht man u.a. daran, dass die FAP-Gruppe am gleichen Tag an einer falangistischen Demonstration in Madrid teilgenommen hatte.

Quelle: "El Pais", 21. November; "cnt" [illegible] 1993

Neofaschisten im Prenzlauer Berg

Wer Tageszeitungen ließt oder sich nur rund um den Kollwitz-Platz oder im Helmholtz-Kiez aufhält, kann den Eindruck bekommen, Neofaschismus sei kein Problem im Stadtbezirk. Nach der Welle der Überfälle auf besetzte Häuser und neuentstandene alternative Projekte im Frühjahr 1990 schien Ruhe in die Kieze eingekehrt zu sein. Selbst aktive AntifaschistInnen sind häufig der Überzeugung, die Innenstadtbezirke Berlins seien frei von Neofaschisten. Wie trügerisch diese Ruhe ist, wie oberflächlich der Eindruck, zeigt sich, wenn man nur ein wenig genauer hinsieht.
Wenige Tage vor dem 1.Mai 1992 tauchten vor allem in der Greifswalder Straße und im Bötzow-Viertel Plakate der FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (FAP) auf, die unter der Überschrift "1.Mai chaotenfrei" zu einem "Marsch durch den Prenzlauer Berg" einluden. Im Frühjahr 1992 hatte die FAP bekannt gegeben, nunmehr ihre Bundeszentrale nach Berlin verlegen zu wollen. Obwohl sich unter den Fahnen der FAP führende Berliner Neofaschisten unterschiedlichster Gruppen versammelt hatten, geriet der geplante Aufmarsch im Prenzlauer Berg geriet zwar zu einem Fiasko für die Neofaschisten, weil sich ihnen sehr viele entschlossene Bürgerinnen und Bürger des Stadtbezirkes entgegenstellten. Zu übersehen ist seit dem aber nicht mehr, daß die FAP inzwischen einen gut organisierten Kreisverband im Bezirk unterhält. Zu den Kommunalwahlen am 24.Mai 1992 trat diese Gruppierung denn auch unter der Führung von Lars Burmeister aus der Pappelallee als "Wählergemeinschaft der FAP" an. Zwar erreichte sie nur 0,37 %, immerhin haben ihnen aber fast 400 Leute ihre Stimme gegeben. Von etwa so vielen Sympathisanten der FAP muß man im Stadtbezirk ausgehen. Verlässliche Angaben über die Zahl derer, die zum harten Kern gehören, liegen nicht vor.
Die Aktivitäten dieser Gruppe konzentrieren sich hauptsächlich auf das Bötzow-Viertel und seine Ränder. Ab und an - zuletzt am 1.Dezember 1992 - treten sie durch Flugblattaktionen in Erscheinung. Bekannt ist aber auch, daß die FAP-Gruppe aus dem Prenzlauer Berg mittlerweile Kontakte nach Großbritannien unterhält. In den Hinterzimmern verschiedener Lokale wird fleißig am weiteren Aufbau der Parteistrukturen gearbeitet. Zunächst traf man sich in "Michas Schlemmerstübchen" in der Hufelandstraße, später dann im "Stopp 7" - besser bekannt als "Sportlertreff" - Immanuelkirch/Ecke Winsstraße. Doch nach dem es dort zu einigen Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen kam, hat man sich einen neuen Unterschlupf gesucht. Wenn die "Kämpfer" genug Alkohol intus haben, ziehen sie aus den Gastwirtschaften los und machen die Straßen unsicher. Vor allen Dingen AusländerInnen sind Ziel ihrer Angriffe. So verwundert es dann auch nicht, daß unter den AusländerInnen im Stadtbezirk die Angst umgeht und sich viele abends und nachts nicht mehr auf die Straße trauen.
Die FAP ist aber nicht die einzige neofaschistische Gruppierung, die auf dem Prenzlauer Berg ihr Unwesen treibt. Bereits im Sommer 1990 brüsteten sich die REPUBLIKANER öffentlich und stolz, im Prenzlauer Berg den größten Kreisverband des Landes Berlin gegründet zu haben - und dies, obwohl sie zum damaligen Zeitpunkt nach DDR-Recht in Ostberlin noch verboten waren. Inzwischen haben die

REPUBLIKANER unter ihrem Spitzenkandidaten Ralf-Peter Baumbeck aus Buckow zwei Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Prenzlauer Berg. Trotz, oder gerade wegen dieser demokratischen Legitimation bleiben die REPUBLIKANER gefährlich. In der BVV versuchen sie einerseits, durch Stimmverhalten und Kleine Anfragen den Anschein zu erwecken, als kümmerten sie sich besonders um soziale Belange (so trugen die REP's beispielsweise den BVV-Beschluß zur sofortigen Beschlagnahme des Hauses Kollwitz 89 mit). Auf der anderen Seite aber wollen sie in der BVV in einer Zeit, wo für alle sichtbar der rechte Mob ungehindert tobt, über "linke Gewaltnester" debattieren. Mensch kann sich denken, auf wen diese Initiative zielt. Jenseits der demokratischen Fasade haben gerade die Berliner REPUBLIKANER zu allen Zeiten gute Kontakte ins offen neofaschistische Lager unterhalten. Sei es nun über den Kreisverband Treptow zur NATIONALEN ALTERNATIVE in der Lichtenberger Weitlingstraße oder zur FAP. Westberliner Mitglieder der REPUBLIKANER und ihrer Abspaltung DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT waren in den illegalen Handel mit Wohnraum verwickelt, der vor drei Monaten in Lichtenberg aufgeflogen ist.
Auf dem Prenzlauer Berg sind jedoch nicht nur organisierte neofaschistische Strukturen zu beobachten. Unmerklich hat sich auch hier das politische Alltagsklima nach rechts verschoben. Anwohner von Schulen wundern sich inzwischen nicht mehr, wenn sie beobachten, wie auf den Schulhöfen in Pausen oder nach Schulschluß von dreizehn-, vierzehn- oder fünfzehnjährigen Schüler rechtsradikale Parolen gebrüllt oder schon mal der Arm zum Hitlergruß gereckt wird. Überall im Berg gibt es mittlerweile sogenannte "Kameradenwohnungen", Anlaufpunkte der in losen Gruppen organisierten, von rechts anpolitisierten Jugend. Bei diesem "Parteizellenprizip" ist die genaue politische Zuordnung im Einzelfall schwierig, letztlich aber auch nicht nötig. Innerhalb der rechten "Szene" sind Vereins- oder Parteizugehörigkeiten ohnehin austauschbar. Wichtig ist allein, daß von diesen "Zellen" im aktuellen gesellschaftlichen Klima eine unkontrollierte Gewalt ausgeht, die früher oder später alle trifft.
Viele haben sich im Prenzlauer Berg zu lange von dem linken, toleranten, kulturellen Image des Stadtbezirkes beruhigen und täuschen lassen. Doch auch der Berg steht nicht außerhalb der Welt. Auch hier ist entschlossenes Handeln gegen Rechtsradikale und Neofaschisten jeder Art notwendig.

Hagen Crszyczek

Am 28.12.92 sind nach einer Protestkundgebung von ca. 100-150 Menschen vor der JVA Moabit zwei Genossen freigelassen worden. Davon der eine Genosse, der im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf A.W.Priems (Wotans Volk, DA, GdNF, NSDAP/AO,..) BMW (als Fahrzeughalter des angeblichen Fluchtfahrzeuges) fuer ca. 6 Wochen in U-Haft sass. Der andere Mensch wurde im Zusammenhang mit dem Angriff auf Faschos im Rahmen eines Nationale Offensive- Kaderschulungstreffen in B.-Koepenick Anfang Dezember festgenommen (Vorwurf: schwerer Raub).

Weiterhin gab es kurz nach dem fuer uns noch nicht ganz geklaerten Hintergrund fuer den Brand im dem Fluechtlingsheim i.d.Naehe von Stuttgart, dei dem zwei ums Leben gekommen sind, eine Spontandemo auf dem Kudamm mit ca. 100-150 Menschen. Es ging naemlich das Geruecht um, dass sich Faschos in der Naehe des Heimes zur gleichen Zeit getroffen haetten, weil ein Faschokonzert ausgefallen sei. Gerade in der jetzigen Situation waere die Regierung daran interessiert, weitere derartige Brandanschlaege zu vertuschen. Jedenfalls waere es gut, wenn wir dazu naehere Infos (vielleicht von Stuttgarter Antifa?) bekaemen.

Ansonsten wurde an Sylvester ein Mensch aus Afrika von 4-5 Faschoskins in Hohenschoenhausen lebensgefaehrlich verletzt. Es gab auch vereinzelt weitere Faschoangriffe gegen Menschen anderer Hautfarbe, wie z.B. in Friedrichshain.

WULF UND BERND SIND DRAUSSEN !!!

Am Montag (28.12.92) um 9. Uhr früh (!) fanden sich ca. 80 Leute zur Kundgebung vor dem Gericht in Moabit ein, um Wulf von außen zu unterstützen, der zur selben Zeit ein Haftprüfungstermin hatte.
Anfangs ziemlich verschlafen und verfroren tanzten sich die Leute allmählich warm, als die Nachricht kam, daß Wulf entlassen wird!!! (HIP-HOP-HURRA)
Wulf saß seit dem 9.12.92 in U-Haft, ihm wird vorgeworfen, zusammen mit anderen, bei einer Auseinandersetzung mit Faschos der Nationalen Offensive (NO) einen Rucksack mit faschistischer Propaganda entwendet zu haben.
Froh über die Nachricht zogen alle bis vor das Tor des Moabiter Knastes um auf Wulf zu warten.

Dort saß zu diesem Zeitpunkt auch der Antifaschist Bernd seit dem 9.11.92 in U-Haft. Bernd wird vorgeworfen am 29.10.92, zusammen mit anderen, daß Auto des Nazi-Führers Priem angezündet zu haben. Das einzige "Indiz": ein auf Bernd angemeldetes Auto wur
de angeblich in der Nähe gesehen. Bei einer Gegenüberstellung mit Priem, konnte dieser Bernd nicht einwandfrei identifizieren. Die "Taz" zitiert Priem am 27.11.92 mit den Worten:"Es könnten auch durchgeknallte FAPler gewesen sein", die das Auto angezündet haben!
Auch Bernd hatte am Montag einen Haftprüfungstermin allerdings erst um 15.00 Uhr, bei dem auch Bernd endlich entlassen wurde!!!
Das Auto wurde allerdings einbehalten.
Die Kundgebung war also ein voller Erfolg ...

Wir fordern trotzdem und erst Recht:
SCHLUß MIT DER KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHISTINNEN !!!

Und keiner hats gehört

Eine Stadt wird durch den Besuch eines CDU-Politikers gespalten



Die Schlagzeilen berichten von Brandsätzen gegen Häuser in denen Asylanten wohnen, sie berichten von feigen Überfüllen auf Leute, die nicht deutsch aussehen und manchmal von Übergriffen auf Menschen, die sich diesem Irrsinn entgegenstellen.

Ziemlich verhalten dagegen sind Kommentare, die sich auf die eigentlichen geistigen Väter beziehen, auf Personen in verantwortlichen und einflußreichen Ämtern. Nicht einmal im Fall von Rostock hat man den eindeutigen Tatbestand der politischen Kriminalität allzu deutlich beim Namen genannt.

Eine Kaderschmiede für Inhaber gehobener Positionen in der Bundesrepublik sind die Burschenschaftsverbände, die, längst weltenfern entfernt von ihrer revolutionären Vorgeschichtet im 19. Jahrhundert, heutevon rechten Politikern finanziell und vor allem propagandistisch gefördert werden.

In Jena trafen sich am 9. und 10. Januar diese studentischen Verbände, um vielleicht auch die dort eingeschriebenen Studenten für ihre Sache zu begeistern, denn in die-sem alten Zentrum der Burschenschaften ist der Großteil der Anhänger noch eher unpolitisch.

Eingeladen, und das war der Hauptgrund der Aktion, war der Westberliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer.

Vor dem Tagungsort im Volkshaus versuchten um die 50 jungen Leute aus der Jenenser Jungen Gemeinde Herrn Lummer am Betreten des Hauses zu verhindern. Die Stimmung war allgemein ganz witzig und selbst einige der zum Schutz des Gebäudes abgestellten Polizisten konnten sich im Falle einiger mit Eiern getroffenen Burschenschaftlern eines Grinsens nicht erwehren. Lummer selbst kam unerkannt in einer Polizeiuniform ins Gebäude. Inzwischen hatte die Polizei Verstärkung aus Nordhausen bekommen. Kurz bevor die Demonstranten ihre Aktion abbrechen wollten und sie schon im Auseinandergehen waren, kam für alle unvermutet und ohne Voranmeldung die polizeiliche Räumung des Platzes. Selbst in den sonst erschreckend an die leutseelige Staatspresse der DDR erinnernden thüringern Zeitungen wurde nachgefragt, womit dieser unverhältnismäßig brutale Knüppeleinsatz gegen die zum großen Teil erst 14-18-jährigen zu rechtfertigen wäre.

Auch am nächsten Tag griff die Polizei Jugendliche ab, die tatsächlich nur durch ihre Präsenz den Burschenschaftlern das Flanieren durch die Stadt verleiden wollten.

Die im Umgang mit der Staatsgewalt nahezu **unerfahrenen Jugendlichen wurden nach der** Festnahme von den Polizisten mit Sprüchen aus dem Vokabular des Dritten Reiches so fertiggemacht, daß man ihnen das als eine grundlegende Lebenserfahrung anrechnen kann.

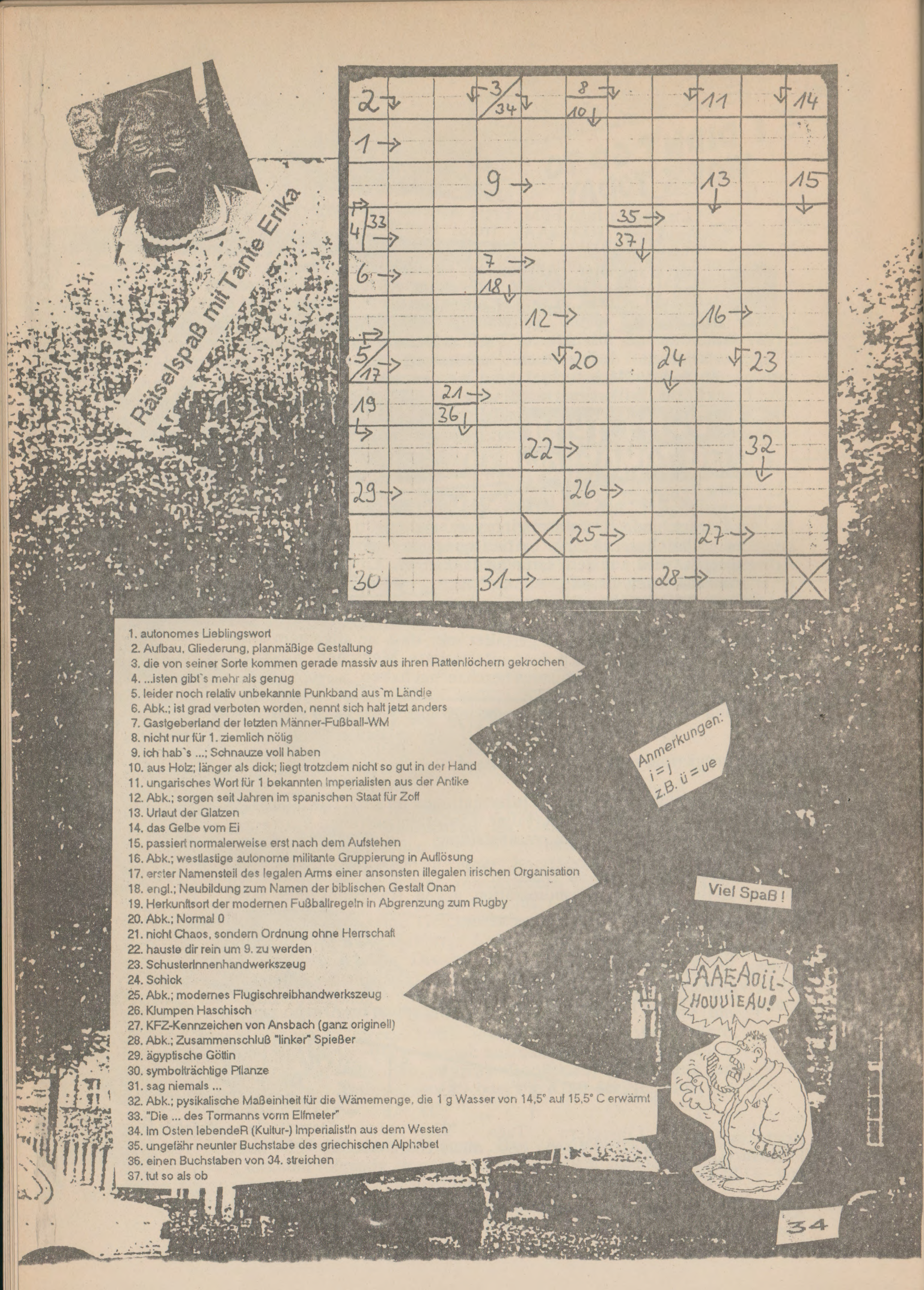
Ziemlich unerwartet zeigte sich dagegen die spontane Lernfähigkeit für Solidarität unter den Jugendlichen. Ohne vorherige Absprache warteten sie vor den Revieren auf ihre Freunde und fingen sich gegenseitig auf. Nach kurzer Klärung der Vorkommnisse stellte sich schließlich sogar der Superintendent Dorsch hinter die Jugendlichen.

Einige Tage später fand ein Gespräch mit dem Jenaer Bürgermeister, dem verantwortlichen Polizeidirektor, dem Superintendenten, dem Pfarrer und Betreuer der Jugendlichen, Lothar König und zehn der Jugendlichen statt. Der Polizist versuchte seinen guten Willen zu zeigen, indem er bemerkte, daß seine Nazisprüche klopfenden Untergebenden eigentlich sofort zu entlassen seien. Dem Bürgermeister wurde vorgeworfen, daß, wenn er in Unwissenheit die Burschenschaftsversammlung nicht verbot, doch wenigstens nicht zur Lummer-Versammlung hätte hingehen müssen. Dieses quittierte er entschuldigend wiederum mit seiner "Unwissenheit", denn seit Lummers Rücktritt als Westberliner Innensenator habe er nie wieder etwas von ihm gehört.

Die zehn anwesenden Jugendlichen zeigten in der Diskussion tatsächlich mehr politisches Verständnis als die einige Jahrzehnte älteren Beamten und Politiker.

Zusamman mit Jugendarbeiternund ihren Eltern versuchen jetzt Jenenser Jugendliche das zu begreifen, was in ihrer Stadt geschehen ist. Von dem allem steht nichts in den Schlagzeilen, das kracht nicht, das brennt nicht und ist auch nicht blutig. Und die Politiker in den Ämtern interessiert herzlich wenig, was fünfzig Kid´s geprägt hat.





Rätselspaß mit Tante Erika

1. autonomes Lieblingswort
2. Aufbau, Gliederung, planmäßige Gestaltung
3. die von seiner Sorte kommen gerade massiv aus ihren Rattenlöchern gekrochen
4. ...isten gibt`s mehr als genug
5. leider noch relativ unbekannte Punkband aus`m Ländle
6. Abk.; ist grad verboten worden, nennt sich halt jetzt anders
7. Gastgeberland der letzten Männer-Fußball-WM
8. nicht nur für 1. ziemlich nötig
9. ich hab`s ...; Schnauze voll haben
10. aus Holz; länger als dick; liegt trotzdem nicht so gut in der Hand
11. ungarisches Wort für 1 bekannten Imperialisten aus der Antike
12. Abk.; sorgen seit Jahren im spanischen Staat für Zoff
13. Urlaut der Glatzen
14. das Gelbe vom Ei
15. passiert normalerweise erst nach dem Aufstehen
16. Abk.; westlastige autonome militante Gruppierung in Auflösung
17. erster Namensteil des legalen Arms einer ansonsten illegalen irischen Organisation
18. engl.; Neubildung zum Namen der biblischen Gestalt Onan
19. Herkunftsort der modernen Fußballregeln in Abgrenzung zum Rugby
20. Abk.; Normal 0
21. nicht Chaos, sondern Ordnung ohne Herrschaft
22. hauste dir rein um 9. zu werden
23. SchusterInnenhandwerkszeug
24. Schick
25. Abk.; modernes Flugischreibhandwerkszeug
26. Klumpen Haschisch
27. KFZ-Kennzeichen von Ansbach (ganz originell)
28. Abk.; Zusammenschluß "linker" Spießer
29. ägyptische Göttin
30. symbolträchtige Pflanze
31. sag niemals ...
32. Abk.; pysikalische Maßeinheit für die Wämemenge, die 1 g Wasser von 14,5° auf 15,5° C erwärmt
33. "Die ... des Tormanns vorm Elfmeter"
34. Im Osten lebendeR (Kultur-) ImperialistIn aus dem Westen
35. ungefähr neunter Buchstabe des griechischen Alphabet
36. einen Buchstaben von 34. streichen
37. tut so als ob

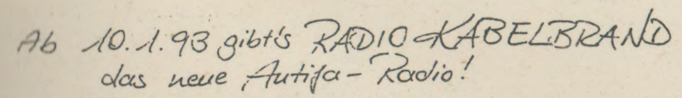
Anmerkungen:
i = j
z.B. ü = ue

Viel Spaß!

Jeden Mittwoch Antifa-Abend im X-Beliebig 19 Uhr,
verschiedene Arbeitsgruppen;
21 Uhr offenes Plenum

Jeden Donnerstag Frauenabend im X-Beliebig 21 Uhr
in wöchentlichem Wechsel Veranstaltung
Kneipe





Wir sind eine Gruppe von 16 Leuten, die seit August die Idee haben, regelmäßig Radio zu machen.
Anlaß dazu ist unser Frust über die verlogene Berichterstattung der Medien, der nach Ende von Radio 100 kaum noch etwas entgegengesetzt werden kann.
Deshalb wollen wir versuchen, unsere Infos auch an "Normalos" weiterzugeben.
Klar ist es schade, daß wir nur über Kabel senden können - aber vielleicht hören ja trotzdem gaaaanz viele zu!!!!!!

Also am 10.1.93 um 17[00] Uhr

Frequenz 92,75
über KABEL!

Graswurzelrevolution Rundreise

"Alles Gute kann nur von unten wachsen"

Im Frühjahr 1993 bieten wir, einige Menschen im Umkreis der Zeitung Graswurzelrevolution (GWR) und der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA), interessierten Gruppen und Einzelpersonen an, an ihrem Ort eine Veranstaltung durchzuführen. Voraussetzung ist jedoch, daß Veranstaltungsort und Werbung von den Menschen vor Ort organisiert werden. Wir bieten selber Themen an, sind aber auch für andere Vorschläge offen. Um die Reisewege für die Referentinnen und Referenten möglichst kurz zu halten, wird die Rundreise zentral über Berlin koordiniert. Wer also Lust hat im Frühjahr 1993 bei sich eine Veranstaltung zu organisieren schreibe bitte an Infoladen Bambule Schönhauser Allee 20 in O-1058 Berlin Stichwort Graswurzelrevolution. Ihr erhaltet dann nähere Informationen, unter anderem unsere Themenvorschläge.

Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen.
(aus der Prinzipienerklärung der FöGA)
So wie die Selbstorganisation nur durch Selbstorganisation gelernt werden kann, wird die Fähigkeit mit der Gewalt des Staates fertig zu werden, nur durch massenhafte direkte gewaltfreie Aktionen erworben. (aus "Thesen zu Staatlichkeit und Anarchie heute" in GWR Nr. 125)



atom-Sondernummer zu Rassismus und Neofaschismus



Aus dem Inhalt:

- ★ Chronologie des Terrors von Hoyerswerda bis heute
- ★ Wie der Weg nach Rostock geebnet wurde
- ★ Jürgen Trittin & Jürgen Elsässer über Rassismus in Deutschland
- ★ Angelika Behr über die Verbiegung des Asylrechts
- ★ Die Unterdrückung der Sinti und Roma
- ★ Polizei und Justiz: Zweierlei Maß gegen rechts und links
- ★ Rechte Gewalt: »Anti-Antifa«
- ★ Überlegungen zum antifaschistischen Widerstand
- ★ Dokumentationen, Fotos...

84 Seiten A4, Preis: 7,50 DM
Erschienen im Dezember 1992.
Erhältlich im linken Buchhandel oder bei der atom,
Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Bei Einzelbestellungen wird 1,- DM Versandpauschale erhoben.
Bei Bestellungen ab 5 Exemplaren werden 30% Rabatt eingeräumt.

Bundesanwälte jagen Eierwerfer

■ Eierwürfe auf Bundespräsidenten wurden zur Chefsache der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe erklärt.

Berlin. Wenn der höchste Repräsentant der Bundesrepublik mit Eiern und Tomaten beworfen wird, ist das ein Angriff auf Staat und Verfassung und somit ein klarer Fall für den Generalbundesanwalt in Karlsruhe. Mit dieser Ansicht steht die Berliner Staatsanwaltschaft, die jetzt die Ermittlungen wegen der Eierwürfe auf Richard von Weizsäcker bei der Demonstration am 8. November zur Chefsache der Bundesanwaltschaft erklärte, nicht allein. Generalbundesanwalt Alexander von Stahl zog bereits eins der Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Bundespräsidenten an sich. Weizsäcker muß jedoch noch seine Ermächtigung dazu geben. Bei Rechtsextremisten tut sich von Stahl bekanntlich viel schwerer.

Nach Angaben von Justizsprecher Bruno Rautenberg sind bei der Extremismus-Abteilung rund fünf Verfahren gegen mutmaßliche Eier- und Tomatenwerfer anhängig. Das Verfahren gegen einen 28jährigen Mann hätten die Karlsruher Ankläger bereits an sich gezogen. „Schließlich handelte es sich hier um einen besonderen Fall, weil die Attacke auf den Bundespräsidenten weltweites Aufsehen erregt hat", sagte Rautenberg. Der Leiter der Extremismus-Abteilung, Carlo Weber, ließ durchblicken, daß möglicherweise noch zwei weitere Verfahren nach Karlsruhe überstellt würden. Vieles deutet daraufhin, daß es sich dabei um die Akten des Polit-Aktivisten Dieter Kunzelmann und des 53jährigen Verlegers Bernd Kramer handelt. Kunzelmann hatte sich in einem Selbstbezichtigungsschreiben dazu bekannt, „mit großer Begeisterung und tiefer innerer Überzeugung ein märkisches Landei Güteklasse A" in Richtung des „ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiters der Staatssicherheit und jetzigen brandenburgischen Ministerpräsidenten" Stolpe geschleudert zu haben. Bedauerlicherweise sei er jedoch „wegen eines Polizeieinsatzes an der Inaugenscheinnahme von Flugbahn und Landung" des Eis gehindert worden. Bernd Kramer hatte sich in einem Brief an die FDP-Chefin Carola von Braun darüber beschwert, daß diese die Eierwerfer als „links-faschistische Chaoten" bezeichnet hatte. Er fühle sich persönlich beleidigt, weil er aus einem antifaschistischen Elternhaus komme und selbst zwei Eier in Richtung des „Herrenreiters" von Weizsäcker geworfen habe. Damit die Eier „nicht eiern", sondern „schnurstracks" treffen, habe er diese zuvor mit „einer Stopfnadel ganz leicht angepiekst". Von Braun hatte das Schreiben prompt an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Kunzelmanns Anwalt Hajo Ehrig teilte mit, daß sein Mandat bereits „vier Stunden lang" vernommen worden sei. Daß sich der Generalbundesanwalt demnächst mit dem märkischen Landei befasse, so Ehrig, „wird Kunzelmann hoch erfreuen". Ob Weizsäcker seine Ermächtigung geben wird, wird nach Angaben seines Pressesprechers kommende Woche geklärt. „Zuvor fahren wir erst mal nach Berlin, weil wir dort Termine haben." plu

Das Ei des Alexander

Endlich! Der Karlsruher Generalbundesanwalt hat sich nach unerträglich langem Zögern in den Berliner Eiertanz eingereiht. Farbe will nun auch er bekennen, seit er erkannt hat: Die Gefahr für den Staat, sie ist gelb. Dottergelb. So hat er höchstpersönlich die Ermittlungen gegen einen der unappetitlichen Berliner Eier-Terroristen in die Hand genommen, die am 8. November vor den elektronischen Augen der Weltkameras mit Lebensmitteln auf die Mäntel der Mächtigen geworfen haben. Warum nur warfen sie nicht vor dem Schloß Bellevue, klagt der Sprecher des Berliner Justizsenats, warum mußte es fürs Fernsehen sein? Um großen internationalen Schaden anzurichten, das ganze deutsche Volk zu diskreditieren! Was ist schon diese Handvoll brauner Pyromanen gegen diese „neuen Gelben", die noch dazu die Dreistigkeit besitzen, sich selber zu outen! Keine Frage, die Braunen müssen warten. Vollkommen zu Recht, denn wer Eier auf den höchsten Mann im Staate wirft, schmeißt demnächst auch Bomben. Herr von Stahl wird indes nur diejenigen unnachgiebig verfolgen, die Weizsäcker auch wirklich getroffen haben. Was wiederum den sich selbst bezichtigenden Altkommunarden Kunzelmann schwer in die Bredouille bringen wird. Zwar schwört er, „mit großer Begeisterung und tiefer innerer Überzeugung ein märkisches Landei der Güteklasse A mit der linken Wurfhand" in Richtung Podium geworfen, dessen Landung jedoch nicht gesehen zu haben. In Karlsruhe arbeitet man derweil fieberhaft an den getrockneten Flecken auf Herrn Weizsäckers Mantel. Doch weder die chemische Analyse noch ballistische Erkenntnisse lassen auf eine bestimmte Hühnerschaft schließen. So werden bald Hunderte von unauffälligen Observierern vor den Eierfarmen der Republik herumlungern und alles notieren. Irgendwo müssen sie ja sein, die gelben Nester! Karlsruhe ist wild entschlossen, unter Einsatz des gesamten Apparates die Brut auszuheben. Nur Herr Weizsäcker könnte das Ding noch zum Platzen bringen. Er nämlich müßte einer Übernahme des Falles durch Herrn von Stahl zustimmen. Was der Staatsmann sicherlich tun wird – schließlich sichert er damit Arbeitsplätze, wenn auch nur für Spitzel. **Michaela Schießl**